

# **Prognose der österreichischen Wirtschaft 2012-2014**

Dezember 2012

**SPERRFRIST: Donnerstag, 20. Dezember 2012, 11:00 Uhr**



**INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN**  
**INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES**  
Vienna



# **Prognose der österreichischen Wirtschaft 2012-2014**

**Jahresmodell LIMA/05**  
**Dezember 2012**

Die ökonometrischen Modellprognosen  
werden von einer Arbeitsgruppe  
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Ines Fortin  
Daniela Grozea-Helmenstein  
Jaroslava Hlouskova  
Helmut Hofer  
Christian Keuschnigg  
Robert M. Kunst  
Philip Schuster  
Wolfgang Schwarzbauer  
Edith Skriner  
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm  
des Instituts für Höhere Studien

## **Kontakt:**

Christian Keuschnigg  
☎: +43/1/59991-125  
email: keuschnigg@ihs.ac.at

Helmut Hofer  
☎: +43/1/599 91-251  
email: hofer@ihs.ac.at

Wolfgang Schwarzbauer  
☎: +43/1/599 91-112  
email: schwarzba@ihs.ac.at

Tanja Gewis  
Public Relations  
☎: +43/1/599 91-122  
email: gewis@ihs.ac.at

---

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen, der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung und Zusammenfassung</b>	<b>1</b>
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse .....	4
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse .....	5/6
<b>2.</b>	<b>Die internationale Konjunktur</b>	<b>7</b>
	2.1 Internationale Konjunkturprognosen .....	7
	2.2 Länderprognosen .....	9
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen .....	19
<b>3.</b>	<b>Die österreichische Außenwirtschaft</b>	<b>20</b>
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten .....	21
<b>4.</b>	<b>Perspektiven der Inlandskonjunktur</b>	<b>22</b>
	Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte .....	22
	Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände .....	24
	Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate .....	24
	Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie .....	25
	Abbildung: Inflationsrate .....	29
	Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2012 .....	31
<b>5.</b>	<b>Monetäre Prognose</b>	<b>33</b>
	Texttabelle: Leitzinsen .....	33
	Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen .....	34
	<b>Tabellenanhang</b>	<b>36</b>



# 1. Einleitung und Zusammenfassung

## Unsicherheit bremst Konjunktur

Die Weltwirtschaft expandiert weiterhin nur sehr verhalten, wobei regionale Unterschiede bestehen. Während die konjunkturelle Dynamik in den USA, China und dem Vereinigten Königreich an Tempo gewann, ging die Wirtschaftsleistung in Japan zurück. Der Euroraum verharrt in einer hartnäckigen Rezession. In den USA hat die Wirtschaft im dritten Quartal um 0.7 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt, nach 0.3 % im zweiten Quartal. Die Wirtschaft im Euroraum verzeichnet seit dem dritten Quartal 2011 kein Wachstum mehr. Im zweiten und dritten Quartal dieses Jahres schrumpfte die Wirtschaftsleistung um 0.2 % bzw. 0.1 %. Die südeuropäischen Länder machen eine harte Anpassungsrezession durch, die auch das Wachstum in Mittel- und Osteuropa dämpft. Zunehmend verliert auch das Wirtschaftswachstum in Deutschland an Fahrt. Es gibt aber auch positive Nachrichten. Die Maßnahmen der europäischen Wirtschaftspolitik wirken stabilisierend (ESM-Programme, Ankündigung der EZB von möglichen konditionalen Interventionen auf den Märkten für Staatsanleihen, kommende Bankenaufsicht durch die EZB). Die Anspannungen auf den Finanzmärkten haben abgenommen. Die Aktienkurse entwickeln sich positiv. Die Strukturreformen in den Peripherie-Staaten des Euroraums scheinen deren Wettbewerbsfähigkeit gesteigert zu haben. Die vorlaufenden Konjunkturindikatoren deuten zwar auf eine gewisse Bodenbildung hin, Anzeichen für eine spürbare Wirtschaftsbelebung fehlen jedoch noch. Die Erwartungen der Unternehmen und Haushalte sind von hoher Unsicherheit geprägt. Die Einschätzung der kurzfristigen internationalen Konjunkturaussichten hat sich im Vergleich zur September-Prognose damit verschlechtert. Eine spürbare Belebung im Euroraum ist frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2013 zu erwarten.

Das schwache internationale Umfeld bremst die Wirtschaftsentwicklung in Österreich. Seit dem zweiten Quartal 2012 stagniert das österreichische BIP nahezu (jeweils 0.1 % Wachstum gegenüber dem Vorquartal). Für das vierte Quartal unterstellt das Institut einen leichten BIP-Rückgang gegenüber dem Vorquartal, sodass für den Jahresdurchschnitt nunmehr eine Wachstumsrate von 0.7 % erwartet wird. Die Anpassungsrezession im Euroraum ist langwieriger als erwartet, sodass die Wachstumsprognose für die österreichische Wirtschaft im Jahr 2013 um rund ½ Prozentpunkt auf 0.8 % zurückgenommen werden muss. Aufgrund der verbesserten internationalen Rahmenbedingungen geht das Institut von einer Wachstumsrate von 1.8 % im Jahr 2014 aus.

Dieser Prognose liegt das folgende internationale Konjunkturbild zugrunde. Im Euroraum bildet sich die Vertrauenskrise nur sehr langsam zurück und die strukturellen Anpassungen dauern länger. Nach einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0.5 % im ablaufenden Jahr erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2013 eine Stagnation (-0.1 %). 2014 sollte das Wachstum auf 1.4 % anziehen. Mit Wachstumsraten von 2 % bzw. 2.5 % in den Jahren 2013 und 2014 bleibt die Wirtschaft der USA auf einem soliden Wachstumskurs. In den Industriestaaten insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt um 1.4 % bzw. 2.2 % zulegen.

Das größte Risiko der Prognose geht weiterhin von der Vertrauens- und Staatsschuldenkrise im Euro-Raum aus. Notwendig zur Überwindung der Krise sind die weitere Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Stabilisierung der Banken und der Kreditversorgung in den Peripherie-Staaten sowie Maßnahmen zur Sicherstellung der nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Haushalte im gesamten Euro-Raum. Spekulationen über das Abgehen vom Konsolidierungskurs könnten die Finanzmärkte verunsichern und steigende Risikoaufschläge für Staatsanleihen bedingen. Dies würde zu einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für Konsumenten und Unternehmen führen. Es gibt auch Anzeichen, dass sich die Wirtschaftsleistung in Deutschland merklich ungünstiger als erwartet entwickelt. Weiterhin bestehen Unsicherheiten über den Kurs der Finanzpolitik in den USA. Eine deutlich restriktivere Finanzpolitik („Fiskalklippe“), aber auch das Ausbleiben eines glaubhaften Plans zur mittelfristigen Budgetsanierung würde die internationale Konjunktur spürbar belasten.

Mit einer Wachstumsrate von 0.6 % hat sich der reale private Konsum in Österreich im ablaufenden Jahr verhalten entwickelt. Im nächsten Jahr ist von einem ähnlichen Wachstum (0.7 %) auszugehen. Dabei stärkt die Reallohnentwicklung die Haushaltseinkommen, diese wird aber durch geringere Beschäftigungszuwächse etwas gebremst. 2014 könnte der private Konsum aufgrund der verbesserten Einkommensperspektiven um 1.1 % zulegen. Diese Prognose impliziert eine annähernd konstante Sparquote, die weiterhin deutlich hinter den Werten vor der Krise zurückbleibt.

Die schwache internationale Konjunktur, die Unsicherheiten über die Absatzentwicklung sowie die geringe Kapazitätsauslastung dämpfen das Investitionsklima. Im ablaufenden Jahr steigen die Anlageinvestitionen nur um 0.6 %. Während die Bauinvestitionen aufgrund der guten Entwicklung im Wohnbau um 2 % zulegen, gehen die Ausrüstungsinvestitionen um 1 % zurück. Für 2013 wird ein ähnliches Bild erwartet. Die Ausrüstungsinvestitionen fallen um 2 %, während die Bauinvestitionen um 1.8 % zulegen. Mit der Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen sollte sich die Investitionstätigkeit im Jahr 2014 wieder beleben und die Anlageinvestitionen um 2.4 % steigen. Das Institut geht in den Jahren 2012 und 2013 von rückläufigen Lagerbestandsveränderungen aus, sodass die Bruttoinvestitionen um 1.2 % bzw. 0.6 % schrumpfen.

Die Exportwirtschaft leidet unter der geringen Dynamik der österreichischen Exportmärkte. Besonders schwach fällt die Handelsdynamik im Euroraum aus. Die realen Warenexporte stagnieren im ablaufenden Jahr nahezu (0.5 %), die Gesamtexporte legen nur um 1.4 % zu. Im Jahresverlauf 2013 sollte der Welthandel wieder an Fahrt gewinnen, allerdings mit einem geringen Expansionstempo. Das Wachstum der Warenexporte (2 %) bzw. der Gesamtexporte (2.2 %) bleibt daher schwach. Erst 2014 sollte sich die internationale Konjunktur soweit gefestigt haben, dass die österreichischen Exporte um 6 % ansteigen können. Die geringe Exportdynamik und die schwache Binnennachfrage führen zu einer deutlichen Verlangsamung des Importwachstums. Im ablaufenden Jahr sind die Warenimporte um 0.6 % geschrumpft, die gesamten Importe laut VGR haben um 0.6 % zugelegt. Auch im nächsten Jahr bleibt die Importtätigkeit mit Wachstumsraten von 1.3 % (Waren) bzw. 1.6 % (Importe laut VGR) äußerst verhalten. Erst 2014 ziehen die Importe wieder spürbar an. Die Außenwirtschaft liefert trotz der Exportschwäche im gesamten Prognosezeitraum einen positiven Wachstumsbeitrag.



Seit September hat sich der Preisauftrieb wieder beschleunigt, sodass die Inflationsrate laut VPI im Jahresdurchschnitt 2.5 % beträgt. Die hohen Energie- und Nahrungsmittelrohstoffpreise sowie die Entwicklung der Lohnstückkosten haben zu diesem Anstieg beigetragen. Das Institut geht aber davon aus, dass der Preisauftrieb im weiteren Prognosezeitraum nachlässt. Die internationale Konjunkturlage sollte die Energie- und Rohstoffpreisentwicklung dämpfen. Auch die heimischen Lohnstückkosten steigen langsamer. Folglich erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2013 eine Inflationsrate von 1.8 %. 2014 sollte die Inflation ebenfalls knapp unter der 2-Prozent-Marke verbleiben.

Die schwache Wirtschaftsentwicklung drückt auf den heimischen Arbeitsmarkt. Im ablaufenden Jahr ist die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition trotz eines deutlichen Beschäftigungsanstiegs auf 7 % geklettert. Im nächsten Jahr wird das Beschäftigungswachstum spürbar geringer ausfallen und die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen wird weiter steigen. Mit dem Anziehen der Konjunktur sollte sich die Arbeitsmarktlage im Jahr 2014 stabilisieren. Somit ist für die Jahresdurchschnitte 2013 und 2014 jeweils eine Arbeitslosenquote von 7.4 % zu erwarten. Ausgehend von 4.3 % im ablaufenden Jahr wird die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition 2013 auf 4.6 % ansteigen und 2014 auf diesem Niveau bleiben.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum durch die schwache Konjunktur und das Konsolidierungspaket der Bundesregierung bestimmt. Das Institut erwartet für den Prognosezeitraum Defizitquoten von 3.1 % (2012), 2.6 % (2013) und 1.5 % (2014). Die Budgetprognose ist mit Risiken behaftet. Diese liegen in den Auswirkungen der Konjunkturkrise auf die öffentlichen Haushalte und den Unsicherheiten über die budgetären Effekte des Bankenpakets. Trotz der schwachen Konjunktur verbessert sich die Budgetsituation im Verlauf des Prognosezeitraums. Hierbei ist zu beachten, dass die Steuereinnahmen im Bereich Lohn- und Einkommensteuer aufgrund der guten nominellen Einkommensentwicklung kräftig bleiben und der schwache reale Export wegen der Umsatzsteuerbefreiung der Ausfuhren die öffentlichen Haushalte nur vergleichsweise gering belastet. Das Institut geht davon aus, dass die Bundesregierung trotz der schwachen Konjunktur weiterhin auf Konsolidierungskurs bleibt und lediglich die automatischen Stabilisatoren wirken lässt. Aus mittelfristiger Sicht ist die Umsetzung weiterer Strukturreformen (etwa in den Bereichen Verwaltung, Finanzausgleich, Gesundheit und Pensionen) zur Absenkung der Staatschuldenquote notwendig. Nur ein strukturell ausgeglichener Haushalt im Verein mit einer geringen Staatsschuld ermöglicht eine adäquate fiskalpolitische Reaktion bei Konjunkturunbrüchen und die Bereitstellung von Mitteln zur Sicherung der Standortqualität und internationalen Konkurrenzfähigkeit (Hebung des Bildungsniveaus der Arbeitskräfte, Steigerung der F&E-Quote, Reduktion der Steuerquote).

## Wichtige Prognoseergebnisse

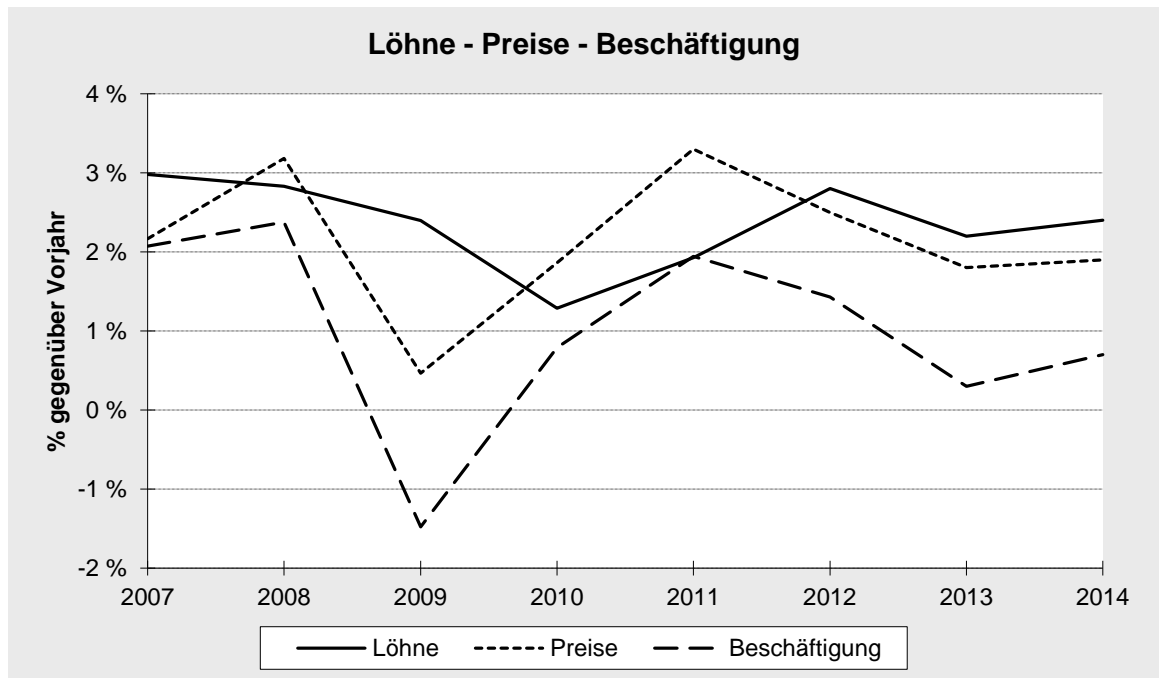
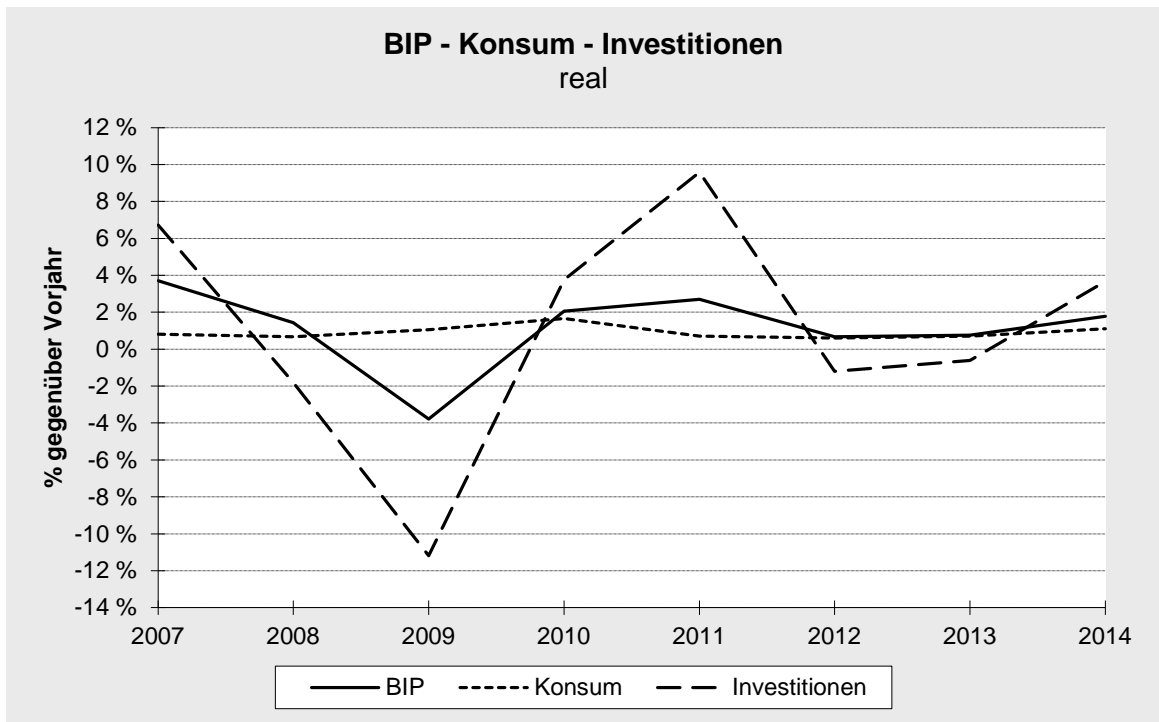
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2012	2013	2014
Bruttoinlandsprodukt, real	0.7	0.8	1.8
Privater Konsum, real	0.6	0.7	1.1
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	-1.2	-0.6	3.7
Bruttoanlageinvestitionen, real	0.6	0.1	2.4
Ausstattungsinvestitionen, real	-1.0	-2.0	3.0
Bauinvestitionen, real	2.0	1.8	1.9
Inlandsnachfrage, real	0.2	0.3	1.5
Exporte i.w.S., real	1.4	2.2	5.9
Waren, real (laut VGR)	0.5	2.0	6.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2.5	1.0	1.5
Importe i.w.S., real	0.6	1.6	6.0
Waren, real (laut VGR)	-0.6	1.3	6.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	3.5	0.0	1.5
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.4	0.3	0.7
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*)	7.0	7.4	7.4
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition*)	4.3	4.6	4.6
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.8	2.2	2.4
Preisindex des BIP	2.3	1.6	1.8
Verbraucherpreisindex	2.5	1.8	1.9
3-Monats-Euribor*)	0.6	0.3	0.5
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen*)	2.3	2.0	2.5

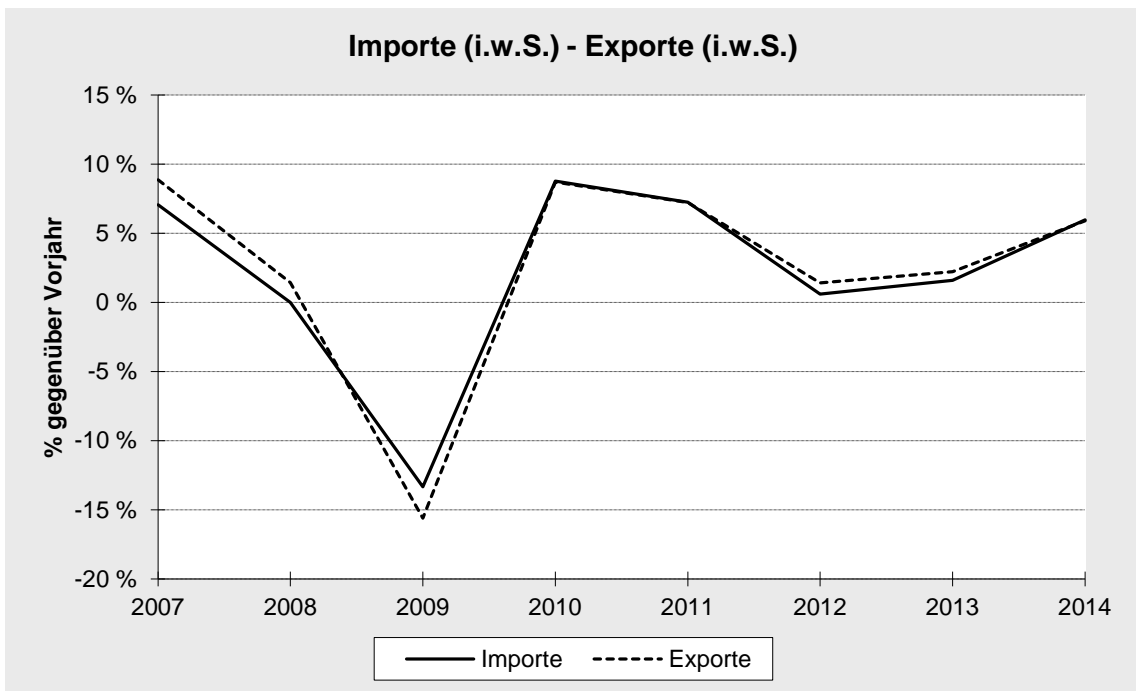
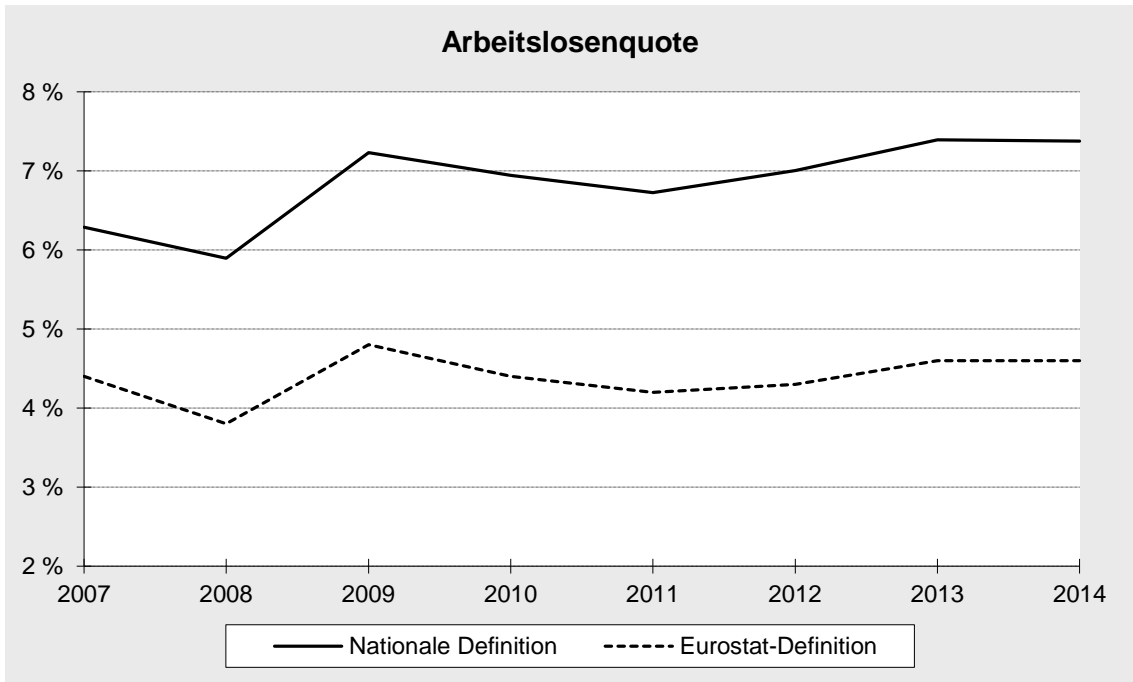
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

\*) absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2





## 2. Die internationale Konjunktur

### 2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Die globale Wirtschaftsentwicklung hat sich 2012 abgeschwächt. Eine deutliche Verlangsamung in der Nachfrage verzeichnen die Industrieländer, aber auch in den Schwellenländern entwickelte sich die Konjunktur langsamer als im langjährigen Durchschnitt. Die globale Wachstumsabschwächung wurde von der Staatsschuldenkrise im Euroraum und der damit einhergehenden schwachen Investitionstätigkeit hervorgerufen, wobei in der Güterverarbeitenden Industrie das mangelnde Vertrauen der Investoren am stärksten ausgeprägt ist. Auch die Budgetkonsolidierungsmaßnahmen in den hoch verschuldeten Staaten dämpfen die globale Nachfrage. Die Probleme im Euroraum haben sich im Jahresverlauf auf die Schwellenländer übertragen, da deren Binnennachfrage nicht stark genug ist, um eine Abschwächung in der Exportnachfrage abfedern zu können. 2013 dürfte die Wirtschaft der Schwellenländer von konjunkturbelebenden Maßnahmen wie Zinssenkungen profitieren, während in den Industrieländern die Konjunktur weiterhin schwach bleiben dürfte. Dies trifft vor allem auf die stark verschuldeten Länder im Euroraum zu. Aufgrund des sehr gedämpften Wirtschaftsausblicks, insbesondere für die Länder des Euroraums, geht das Institut davon aus, dass die Geldpolitik weiterhin expansiv bleiben wird. Die Lage der öffentlichen Finanzen im Euroraum wird sich voraussichtlich stabilisieren und dadurch wird sich auch das Vertrauen der Investoren verbessern. Die Risiken für die globale Wirtschaftsentwicklung bleiben jedoch hoch. Eine unvorhergesehene Zuspitzung der Schuldenkrise im Euroraum könnte die globale Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen. Ohne explizite Einigung der Parlamentsparteien würde in den USA zu Jahresbeginn ein negativer fiskalischer Impuls in Höhe von 4 % des BIP in Kraft treten (Fiskalklippe). Dies würde die US-Wirtschaft und über den Handelskanal die Weltwirtschaft stark belasten. Die Rohstoffpreise könnten durch ungünstige Witterungsbedingungen und durch politische Spannungen in die Höhe getrieben werden.

Seit Mitte 2012 stabilisieren sich die Finanzmärkte und in der Güterverarbeitenden Industrie wurde das Stimmungstief überwunden. Im vierten Quartal hat sich die Lage der Weltwirtschaft etwas aufgehellt. In den USA und in China verbesserten sich die Stimmungsindikatoren zuletzt, im Euroraum hat sich die konjunkturelle Talfahrt zumindest verlangsamt. Der *JPMorgan Global Manufacturing & Services Purchasing Managers Index* (PMI) ist im November von 51 auf 53.7 Punkte gestiegen und lag somit erneut über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Zum Indexanstieg haben vor allem die vorlaufenden Indikatoren beigetragen. Demnach wird sich im Dienstleistungssektor die Konjunktur in den kommenden Monaten verstärken und in der Güterverarbeitenden Industrie dürfte die Produktion nicht mehr weiter sinken.

Wegen der schwachen konjunkturellen Lage sinken seit Jahresmitte 2012 die Rohstoffpreise. Der Ölpreis hat im November durchschnittlich rund 110 US-Dollar betragen und ist im Vorjahresvergleich um 1.1 % gesunken. Auch die Rohstoffpreise ohne Energie haben in den vergangenen Monaten nachgegeben, sie lagen im November aber noch immer um 5 % über dem Vorjahreswert. Nach 112 US-Dollar pro Fass im Jahresdurchschnitt 2012 wird in dieser Prognose für die Jahre 2013 und 2014 ein Ölpreis

von 112 bzw. 117 US-Dollar unterstellt. Nach 1.29 USD/EUR im Jahresdurchschnitt 2012 wird für 2013 und 2014 jeweils ein Wechselkurs von 1.26 USD/EUR erwartet.

Die globale Wirtschaftsleistung dürfte 2012 um 3 % gewachsen sein. 2013 wird eine leichte Beschleunigung auf 3.3 % erwartet. Laut CPB ist der Welthandel 2012 im Jahresdurchschnitt um 2.1 % gewachsen. Für 2013 wird eine Wachstumsbeschleunigung auf 3.8 % erwartet, 2014 dürfte der globale Handel wieder stärker an Dynamik gewinnen und um 7.3 % zulegen. In den OECD-Ländern ist das BIP im Jahr 2012 um 1.3 % gewachsen, 2013 und 2014 könnte es um 1.4 % bzw. 2.2 % zulegen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU ist 2012 um 0.3 % gesunken. 2013 und 2014 wird das BIP um 0.2 % bzw. 1.5 % wachsen.

Die gedämpfte globale Wirtschaftsentwicklung und die schwache Inlandsnachfrage in China und Indien führten 2012 in Südostasien zu einer Wachstumsabschwächung auf 6.1 %. Für 2013 geht die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) davon aus, dass das Wirtschaftswachstum der Region 6.7 % betragen könnte. Für den asiatischen Wirtschaftsraum bilden der Verlauf der Schuldenkrise in Europa und die fiskalpolitischen Maßnahmen in den USA die größten Unsicherheitsfaktoren. In Lateinamerika wird sich das Wirtschaftswachstum 2012 auf 3.2 % abschwächen. Für 2013 erwartet die OECD eine Belebung der konjunkturellen Entwicklung mit einem BIP-Wachstum von 4 %. Wegen der hohen Inflation und der gedämpften Nachfrage nach Rohstoffen hat sich 2012 das Wirtschaftswachstum in Brasilien auf 1.5 % abgeschwächt. Eine Reihe von Konjunkturpaketen stützt jedoch die Wirtschaft des Landes, womit 2013 ein BIP-Wachstum von 3.5 % erzielt werden könnte.

Die Wirtschaftsleistung im Euroraum ist 2012 voraussichtlich um 0.5 % gesunken. Auf Länderebene bleibt die konjunkturelle Entwicklung heterogen. In den südeuropäischen Ländern schrumpft die Wirtschaftsleistung in Folge der scharfen Austeritäts- und Reformprogramme. Davon betroffen sind Italien, Spanien, Zypern, Portugal und Griechenland. Dass die Gesamtentwicklung im Euroraum nicht noch schlechter ausfällt, geht auf die relativ gute konjunkturelle Lage der deutschen Wirtschaft zurück. Der Rückgang in der Binnennachfrage des Euroraums wurde von schwachen Zuwächsen in der Außenwirtschaft abgefedert. Die Inflation hat sich im Jahresverlauf abgeschwächt, im Jahresdurchschnitt liegt sie aber über dem von der EZB vorgegebenen Ziel von unter 2 %. Aufgrund der schwachen Wirtschaftslage hat die EZB dennoch den Leitzins im Dezember auf 0.75 % belassen. Die Aussichten für die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum bleiben auch 2013 gedämpft. Das Institut geht davon aus, dass sich die Vertrauenskrise zurückbildet. Eine leichte Nachfragebelebung wird es voraussichtlich im Export geben, wodurch sich die Investitionstätigkeit stabilisieren sollte. Der Arbeitsmarkt bleibt jedoch schwach. Deutschland wird die wettbewerbsstärkste Wirtschaft des Euroraums bleiben. Für Italien, Spanien und Griechenland werden Fortschritte im Schuldenabbau erwartet. Aufgrund der schwachen Entwicklung zu Jahresbeginn 2013 wird das BIP des Euroraums im Jahresdurchschnitt voraussichtlich um 0.1 % sinken.

Im dritten Quartal 2012 ist das BIP des Euroraums gegenüber dem Vorquartal um 0.1 % gesunken. Gegenüber dem Vorjahresquartal hat es um 0.6 % nachgegeben. Positive Impulse kamen von der Außenwirtschaft. Der private Konsum und die Investitionen sind hingegen gefallen. Im vierten Quartal

gibt es leichte Anzeichen für eine Aufhellung der konjunkturellen Lage. Im November ist der *Economic Sentiment Indicator* der Europäischen Kommission sprunghaft angestiegen. Mit Ausnahme des Bau-sektors haben sich alle Indexkomponenten verbessert. Gemäß dem *Markit Flash Eurozone Composite Index Produktion* hat sich die Talfahrt der Wirtschaft im Euroraum im Dezember zum zweiten Mal in Folge verlangsamt. Der Indexwert ist auf ein Neun-Monats-Hoch von 47.3 Punkten gestiegen, er liegt aber noch immer unter der 50-Punkte-Marke, ab der Wachstum signalisiert wird. Frankreich, Italien und Spanien stecken noch immer tief in der Krise, wenngleich sich die Schrumpfungsraten abgeschwächt haben.

Im Oktober 2012 betrug die Arbeitslosenquote im Euroraum 11.7 %. Die höchste Arbeitslosigkeit verzeichnete Spanien mit 26.2 %. Die niedrigste Quote verzeichnete Österreich mit 4.3 %, gefolgt von Deutschland und den Niederlanden mit 5.4 % bzw. 5.5 %. Die Inflationsrate im Euroraum, gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), betrug im November 2.2 %. Die geringsten Preissteigerungsraten wiesen Griechenland und Zypern mit 0.4 % bzw. 1.4 % auf. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Österreich um 2.9 %. Estland und Malta verzeichneten mit 3.8 % bzw. 3.6 % die höchsten Inflationsraten.

## 2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** ist 2012 voraussichtlich um 2.3 % gewachsen. Die konjunkturelle Belebung ist maßgeblich auf die Inlandsnachfrage zurückzuführen. Der private Konsum verstärkte sich im Jahresverlauf und die Baukonjunktur, die in den Jahren 2006 bis 2010 markant zurückgegangen war und sich 2011 stabilisiert hat, verzeichnete 2012 einen Aufschwung. Auch die Ausrüstungsinvestitionen wiesen einen Zuwachs auf. Die solide Wirtschaftsentwicklung führte dazu, dass neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Die Arbeitslosenquote ist daher auf 8 % gesunken. Die Inflationsrate lag 2012 voraussichtlich bei 2.2 %. Wegen der im historischen Vergleich noch immer hohen Arbeitslosigkeit und der nachlassenden Inflation ist vorerst keine Zinswende notwendig. Derzeit liegt das Zielband für die Federal Fund Rate zwischen 0 % und 0.25 %. Die *Fed* beabsichtigt die Zinsen solange nahe Null zu belassen, bis die Arbeitslosenquote auf 6.5 % sinkt und die mittelfristigen Inflationserwartungen das Inflationsziel von 2 % um nicht mehr als einen halben Prozentpunkt überschreiten. Für 2013 erwartet das Institut, dass sich das BIP-Wachstum in den USA auf 2 % abschwächen wird. Der private Konsum wird schwach bleiben. Dämpfende Effekte werden insbesondere von der Finanzpolitik ausgehen. Einige sich die Parlamentsparteien nicht, so laufen zu Jahresbeginn Steuersenkungen aus und treten Ausgabenkürzungen im Ausmaß von 4 % des BIP automatisch in Kraft (Fiskalklippe). Das Institut unterstellt, dass nur ein Teil der fiskalpolitischen Maßnahmen in Kraft tritt. Über das Ausmaß der tatsächlich erfolgenden Maßnahmen besteht jedoch weiterhin Unsicherheit. Drastische Einschnitte würden alle Wirtschaftsbereiche treffen und so die Wirtschaftsentwicklung 2013 deutlich stärker bremsen. Die Arbeitslosenquote könnte auf 7.2 % sinken und die Inflation etwas mehr als 2 % betragen.

Das BIP der USA legte im dritten Quartal 2012 um 0.7 % zum Vorquartal zu, gegenüber dem Vorjahresquartal stieg es um 2.5 %. Zum Wachstum beigetragen haben der private und der öffentliche Konsum sowie der private Wohnbau. Währenddessen haben die Unternehmen erstmals seit mehr als



einem Jahr weniger investiert. Im vierten Quartal dürfte sich die Konjunktur leicht abgeschwächt haben.

Der vom *Institute for Supply Management (ISM)* veröffentlichte Einkaufsmanagerindex für die Güterverarbeitende Industrie sank im November von 51.7 auf 49.5 Punkte. Der Indexwert lag somit knapp unter der 50-Punkte-Marke und zeigt einen Rückgang der Aktivitäten in diesem Sektor an. Zurückzuführen ist dies auf die Besorgnis der Unternehmer über die Fiskalpolitik, was die Investitionsbereitschaft dämpft. Dies bekommt vor allem die Güterverarbeitende Industrie zu spüren. Im Gegensatz dazu ist der Index für den Dienstleistungssektor im November von 54.2 auf 54.7 Punkte angestiegen. Die Entwicklung des *Conference Board Leading Economic Index (LEI)* lässt darauf schließen, dass die Konjunktur in den USA robust bleibt. Zum Indexanstieg im Oktober haben vor allem der private Wohnbau und positive Finanzmarktindikatoren beigetragen. Die Wirtschaft hat im November mehr Stellen geschaffen als erwartet. Dies spiegeln auch die verbesserten Arbeitsmarktzahlen wider. Die Arbeitslosenquote ist im November auf 7.7 % zurückgegangen. Die Inflation ist von 2.2 % im Oktober auf 1.8 % im November gesunken. Die Produktionspreise legten um 1.5 % zu, nach 2.3 % im Vormonat.

In **Japan** ist die Wirtschaft 2012 voraussichtlich um 1.7 % gewachsen. Der Wiederaufbau nach der Naturkatastrophe im März 2011 führte zu einer Belebung der Nachfrage. Neben der regen Investitionstätigkeit nahm in der ersten Jahreshälfte 2012 auch der private Konsum zu. Seit Jahresmitte schwächen sich jedoch die Konsumnachfrage und die Investitionstätigkeit wieder ab und das Handelsbilanzdefizit nimmt zu. Politische Auseinandersetzungen mit China und die Wechselkursentwicklung dämpfen die Exporte. Durch den starken Yen entstand für die exportorientierten Industrien Japans ein Wettbewerbsnachteil vor allem gegenüber Südkorea und Deutschland. Die Krise im Euroraum belastet die Exportwirtschaft zusätzlich. Politische Auseinandersetzungen mit China trugen dazu bei, dass sich der Absatz japanischer Produkte in China rückläufig entwickelt. Aufgrund der hohen konjunkturellen Risiken wird die japanische Zentralbank weiterhin an ihrer Niedrigzinspolitik festhalten und den Kauf von Staats- und Unternehmensanleihen aufstocken. 2013 wird sich das Wirtschaftswachstum in Japan auf 0.7 % abschwächen. Die Exportnachfrage und die auslaufenden Wiederaufbaumaßnahmen sind die Gründe dafür. Die konjunkturelle Abschwächung wird sich auf den Arbeitsmarkt ausbreiten und so den privaten Konsum dämpfen. Aufgrund der Wirtschaftsschwäche dürfte die Deflation anhalten. Die geplanten Maßnahmen zur Stimulierung der Kreditaufnahme sollen jedoch dem Preisrückgang entgegenwirken.

Das japanische BIP ist im dritten Quartal 2012 zum Vorquartal um 0.9 % gesunken, gegenüber dem Vorjahresquartal legte es um 0.5 % zu. Zum Rückgang haben vor allem die Investitionstätigkeit und der Export beigetragen. Im vierten Quartal dürfte die Wirtschaftsleistung erneut geschrumpft sein. Es zeichnen sich jedoch auch aufwärts gerichtete Tendenzen ab, die voraussichtlich Anfang 2013 zu einem positiven Wirtschaftswachstum führen werden. Der *Markit/JMMA Japan Composite Index* hat sich im November auf 49.9 Punkte verbessert, er liegt aber noch immer unter der 50-Punkte-Marke, die einen Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten signalisiert. In der Güterverarbeitenden Industrie fielen die Teilindexwerte über Produktion und Auftragslage besonders schwach aus, während der Indexwert für den Dienstleistungssektor im November wieder über die 50-Punkte-Marke gestiegen ist. Mit -0.4 %

verzeichnete der Verbraucherpreisindex im Oktober den fünften Rückgang in Folge. Die Arbeitslosenquote blieb mit 4.2 % zum Vormonat unverändert.

In der **Volksrepublik China** hat sich das Wirtschaftswachstum abgeschwächt. Das BIP dürfte 2012 nur noch um 7.5 % zugelegt haben. Gründe für die Verlangsamung sind die anhaltende Nachfrageschwäche der wichtigsten Exportmärkte Chinas und die Abkühlung des Investitionsbooms im eigenen Land. Hinzu kommt, dass die steigenden Löhne sowie die Währungsaufwertung der vergangenen Jahre die internationale Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft schwächen. Dadurch sind auch die Kapitalzuflüsse aus dem Ausland ins Stocken geraten. Die ausländischen Direktinvestitionen sind in China in den ersten zehn Monaten 2012 um 3.4 % gesunken; im Vergleich dazu sind die chinesischen Direktinvestitionen im Ausland mit einem Plus von 25 % sprunghaft angestiegen. 2012 haben vor allem die Konsumausgaben zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Die Inflation wird voraussichtlich im Jahresdurchschnitt 2.1 % ausmachen und somit deutlich unter dem von der chinesischen Nationalbank festgelegten Zielwert von 4 % liegen. Stimulierungsmaßnahmen wie die Erhöhung der Infrastrukturausgaben, Zinssenkungen und die Lockerung der Kreditvergabe werden die Konjunktur stützen. 2013 wird das Wirtschaftswachstum mit 8.3 % wieder stärker ausfallen, ein größerer Preisdruck wird dabei nicht entstehen.

Im dritten Quartal 2012 wuchs das chinesische BIP um 7.4 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Im vierten Quartal dürfte sich die Konjunktur verstärkt haben. Die Konsumnachfrage hat angezogen und auch in der Güterverarbeitenden Industrie verbessert sich die Wirtschaftslage. Der *HSBC Flash China Manufacturing PMI* ist im Dezember auf 50.9 Punkte gestiegen und liegt somit zum zweiten Mal in Folge im Wachstumsbereich. Der Indexanstieg geht vor allem auf eine Belebung der Inlandsnachfrage zurück, während der Ausblick in Bezug auf die Exportentwicklung sehr gedämpft ausgefallen ist. Der Preisdruck hat zu Jahresende stark nachgelassen. Die Erzeugerpreise sind im November im Vergleich zum Vorjahr um 1.8 % gesunken. Der Verbraucherpreisindex legte im Jahresvergleich um 1.6 % zu. In den kommenden Monaten dürfte der Inflationsdruck moderat bleiben.

In **Deutschland** ist die Wirtschaft 2012 um 0.7 % gewachsen. Deutschland bleibt damit trotz einer Abschwächung das konjunkturelle Zugpferd des Euroraums. Der private Konsum und die Exportentwicklung haben zum Wachstum beigetragen, während die Investitionstätigkeit zurückgegangen ist. Die Haushalte profitieren von Lohnsteigerungen deutlich über der Inflationsrate und von der soliden Lage am Arbeitsmarkt. Die Exporte legten kräftiger als die Importe zu, sodass von der Außenwirtschaft ein positiver Wachstumsimpuls ausging. Der schwächere Euro und die belebte Nachfrage, vor allem aus den asiatischen Schwellenländern, aber auch aus den USA, haben zum Exportwachstum beigetragen. Nur schwach haben sich dagegen die Exporte in den Euroraum entwickelt, was zeigt, dass sich die deutsche Wirtschaft von den staatlichen Sparmaßnahmen und der hohen Arbeitslosigkeit in den Krisenländern nicht abkoppeln kann. Die Krise im Euroraum belastet aber nicht nur die Exporte, sondern dämpft auch die Investitionstätigkeit in Deutschland. Die Ausrüstungsinvestitionen verzeichneten einen deutlichen Rückgang, während die Bautätigkeit stabil blieb. Der Staatshaushalt war 2012 ausgeglichen. Die Inflation hat voraussichtlich 2 % betragen. 2013 wird die Konjunktur in Deutschland gedämpft bleiben. Das Institut erwartet ein BIP-Wachstum von 0.6 %. Die globale Vertrauenskrise wird

vor allem die Investitionsbereitschaft dämpfen und der private Konsum bleibt schwach. Die Nachfrage aus dem Ausland wird sich jedoch voraussichtlich verstärken. Die Inflation dürfte auch 2013 bei 2 % liegen. Mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote ist nicht zu rechnen.

Im dritten Quartal 2012 ist das deutsche BIP gegenüber dem Vorquartal um 0.2 % bzw. im Vorjahresvergleich um 0.9 % gewachsen. Im Inland entwickelte sich die Nachfrage unterschiedlich: Während die privaten und öffentlichen Haushalte ihren Konsum ausweiteten und die Bauinvestitionen zulegten, gingen die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen abermals zurück. Das Exportwachstum hat sich abgeschwächt. Im Schlussquartal dürfte die Konjunktur sehr schwach geblieben sein.

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist nach sechs Rückgängen in Folge im November erstmals wieder gestiegen. Die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Geschäftslage hat leicht zugenommen. Zudem blicken die Unternehmen deutlich weniger pessimistisch auf die weitere Geschäftsentwicklung. Der Teilindex für die Güterverarbeitende Industrie ist nach einer halbjährigen Abwärtsbewegung etwas gestiegen. Die Zufriedenheit mit der Geschäftslage hat sich leicht verbessert. In Bezug auf die Geschäftsentwicklung im kommenden halben Jahr äußerten sich die Umfrageteilnehmer nicht mehr ganz so pessimistisch. Die Exporterwartungen haben nach drei Monaten wieder in den positiven Bereich gedreht. Im Bauhauptgewerbe hat sich das Geschäftsklima merklich erholt. Die Bauunternehmer berichteten von einer spürbar verbesserten Geschäftssituation und äußerten sich auch zuversichtlicher bezüglich der weiteren Entwicklung. Im Großhandel ist der Geschäftsklimaindex deutlich gestiegen. Die Einzelhändler rechnen mit einem besseren Geschäftsverlauf in der Zukunft, ihre aktuelle Lage beurteilen sie etwas schlechter. *Der Markit Flash Deutschland Composite Index Produktion*, der die Ergebnisse von Industrie- und Dienstleistungssektor vereint, verbesserte sich im Dezember auf 50.5 Punkte, nach 49.2 Punkten in November. Laut Marktforschungsunternehmen GfK drückt die Eurokrise in der Vorweihnachtszeit auf die Kauflaune der Verbraucher. Der Aufwärtstrend der vergangenen Monate kommt somit vorerst zum Stillstand. Die Arbeitslosenquote ist im Oktober mit 5.4 % unverändert geblieben. Die Erzeugerpreise legten im Vergleich zum Vorjahr um 1.5 % zu, die Verbraucherpreise stiegen im November um 1.9 %.

In **Italien** ist die Wirtschaftsleistung 2012 voraussichtlich um 2.3 % gesunken. Seit Jahresmitte 2011 befindet sich die Wirtschaft in einer Rezession und 2012 verstärkte sich der konjunkturelle Abschwung. Italien hat derzeit nach Griechenland den höchsten Schuldenstand im Euroraum. Die Herabstufung der Kreditwürdigkeit hat hohe Finanzierungskosten mit sich gebracht, was den Abbau der Staatsschulden und die Kreditaufnahme erschwert. Die Inlandsnachfrage ging dadurch stark zurück. Wegen der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen sind die Ausgaben der öffentlichen Hand gesunken. Einen starken Rückgang verzeichnete auch die von öffentlichen Aufträgen abhängige Bauindustrie. Die Investitionstätigkeit in der Privatwirtschaft ist wegen der hohen Kreditkosten und der gedämpften Gewinnaussichten gesunken. Dadurch haben sich die Bedingungen am Arbeitsmarkt weiter verschlechtert und so die Konsumfreude der privaten Haushalte gedämpft. Die Exportwirtschaft verzeichnete hingegen ein moderates Wachstum. Trotz des Konjunkturunbruchs hat die Inflation 3.1 % ausgemacht, auch wegen der Anhebung der Mehrwertsteuer von 19 % auf 21 %. Die italienische Wirtschaft dürfte jedoch 2012 den konjunkturellen Tiefpunkt durchschritten haben. Eine Verbesserung der

Wirtschaftsbedingungen zeichnet sich für 2013 ab. In der Inlandskonjunktur wird sich der Rückgang verlangsamen und ein positiver Wachstumsbeitrag wird von der Außenwirtschaft erwartet. 2013 dürfte die Wirtschaft nur noch um 0.7 % schrumpfen. Die Inflation könnte auf 2.2 % zurückgehen.

Im dritten Quartal 2012 ist das BIP gegenüber dem Vorquartal um 0.2 % gesunken, gegenüber dem Vorjahresquartal ist es um 2.4 % zurückgegangen. Den stärksten Rückgang verzeichneten die Bauinvestitionen sowie der private Konsum. Etwas schwächer fiel der Rückgang bei den Ausrüstungsinvestitionen und dem öffentlichen Konsum aus. Die Exporte haben hingegen zugelegt. Im vierten Quartal dürfte die Wirtschaftsleistung erneut geschrumpft sein. Laut ISTAT befindet sich das Vertrauen der Unternehmer auf dem tiefsten Niveau seit 2009. Im November haben sich die Indikatoren für die gegenwärtige und für die zukünftige Wirtschaftslage verschlechtert. Der *Markit/ADACI Italy PMI Manufacturing and Services Index* hat sich von 45.6 auf 44 Punkte verschlechtert. Die Arbeitslosenquote ist im Oktober mit 11.1 % auf den höchsten Wert seit dem Jahr 2000 gestiegen. Der Preisdruck klingt ab. Im Oktober legten die Erzeugerpreise im Vergleich zum Vorjahr um 2.3 % zu, die Verbraucherpreise stiegen im November um 2.6 %.

In **Frankreich** ist das BIP 2012 voraussichtlich um 0.1 % gewachsen. Der Konsum wurde durch die schwache Einkommensentwicklung und die sinkende Beschäftigung gedämpft. Die Investitionstätigkeit litt unter den Sparprogrammen der Regierung und der hohen Unsicherheit bezüglich der weiteren Wirtschaftsentwicklung. Die Inlandsnachfrage ist daher gesunken. Die Exporte weiteten sich mit einem sehr moderaten Tempo aus. Aufgrund der schwachen Nachfrage hat der Preisdruck im Jahresverlauf nachgelassen und die Arbeitslosigkeit nahm zu. Im Jahresdurchschnitt betragen die Inflation 2.3 % und die Arbeitslosenquote 10.4 %. Für 2013 erwartet das Institut ein BIP-Wachstum von 0.3 %. Die Inlandskonjunktur bleibt sehr verhalten, dies betrifft insbesondere die Investitionstätigkeit. Schwache Wachstumsimpulse werden von der Außenwirtschaft erwartet. Mit dem langsamen Abklingen der Schuldenkrise in den Nachbarländern dürfte sich die Exportnachfrage wieder verstärken. Die Inflation wird nachlassen. Mit einem Beschäftigungszuwachs kann nicht gerechnet werden. Die Arbeitslosenquote dürfte auf über 11 % steigen.

Das französische BIP ist im dritten Quartal 2012 im Vergleich zum Vorquartal um 0.2 % gewachsen, und auch gegenüber dem Vorjahr stieg es um 0.2 %. Zum Zuwachs beigetragen haben vor allem die Ausrüstungsinvestitionen und der öffentliche Konsum. Eine Wachstumsbeschleunigung wurde auch in der Exportentwicklung verzeichnet. Im vierten Quartal ist die konjunkturelle Lage gedämpft geblieben. Die Aktivitäten in der Güterverarbeitenden Industrie und im Dienstleistungssektor sind zum neunten Mal in Folge geschrumpft. Der *Markit Flash France Composite Output Index* lag im Dezember bei 45 Punkten, nach 44.3 Punkten im Vormonat. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung hat sich jedoch abermals leicht abgeschwächt. Der Teilindex über die Auftragslage weist jedoch auf keine Verbesserung der Wirtschaftslage in den kommenden Monaten hin. Die Arbeitslosenquote hat im Oktober 10.7 % betragen. Der Anstieg der Erzeugerpreise lag knapp unter 3 %, die Verbraucherpreise legten um 2.1 % zu.

Im **Vereinigten Königreich** ist das BIP 2012 voraussichtlich um 0.1 % gesunken. Bereits im vierten Quartal 2011 rutschte die Wirtschaft in eine Rezession und diese setzte sich in der ersten Jahreshälfte 2012 fort. Die exportorientierten Branchen litten unter der Nachfrageschwäche im Euroraum, und wegen der trüben Wirtschaftsaussichten sank auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmer. Seit Jahresmitte belebt sich die Konjunktur wieder. Die Olympischen Sommerspiele 2012 in London bildeten in der Entwicklung einen außerordentlichen Faktor. Während dieser positive Effekt im vierten Quartal ausgelaufen ist, mehren sich Ende 2012 die Anzeichen einer langfristigen Stabilisierung der Wirtschaft. Im Jahresdurchschnitt legte die Inlandsnachfrage leicht zu, wobei die stärksten Impulse von den Staatsausgaben und von der Bautätigkeit ausgingen. Die Außenwirtschaft weist hingegen einen negativen Wachstumsbeitrag aus. Die Arbeitslosenquote ist im Jahresdurchschnitt auf 7.9 % zurückgegangen. Durch den Wegfall des Basiseffekts aufgrund der Mehrwertsteueranhebung zu Jahresbeginn 2011 hat die Inflation 2012 deutlich nachgelassen. Die *Bank of England* dürfte daher den Leitzins auf dem derzeitigen Niveau von 0.5 % belassen. Für 2013 ist mit einer Belebung der konjunkturellen Entwicklung zu rechnen. Das Institut erwartet ein BIP-Wachstum von 1 %. In der Inlandsnachfrage wird sich vor allem der private Konsum beleben, für die Außenwirtschaft bleiben hingegen die Aussichten gedämpft. Im öffentlichen Bereich werden Einsparungen erwartet. Die Inflation wird nicht mehr weiter zurückgehen, die positiven Tendenzen am Arbeitsmarkt werden sich jedoch fortsetzen.

Die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs ist im dritten Quartal 2012 zum Vorquartal um 1 % gewachsen bzw. zum Vorjahresquartal um 0.1 % gesunken. Einen überdurchschnittlich starken Zuwachs gab es bei den privaten Konsumausgaben. Nach zwei Rückgängen in Folge haben die Exporte wieder zugenommen. Im vierten Quartal dürfte sich die Konjunktur wegen des Wegfalls der außerordentlichen Wachstumsimpulse durch die Olympischen Spiele in London wieder normalisieren. In der Güterverarbeitenden Industrie stabilisiert sich die Wirtschaftslage. Der *Markit/CIPS UK Manufacturing PMI* ist im November von 47.3 Punkten auf 49.1 Punkte gestiegen. Der Index für den Dienstleistungssektor befindet sich weiterhin im Wachstumsbereich, hat aber mit 50.2 Punkten gegenüber dem Vormonat nachgelassen. Der Index für die Baubranche signalisiert eine konjunkturelle Abschwächung für die kommenden Monate. Laut *Recruitment and Employment Confederation and KPMG* ist die Anzahl der offenen Stellen im November gestiegen. Die Beschäftigungsnachfrage im privaten Sektor hat den Rückgang im öffentlichen Sektor abgefedert. Laut GfK ist die Stimmung der Konsumenten auf ein 18-Monats-Hoch gestiegen. Erzeuger- und Verbraucherpreise legten im Oktober im Vergleich zum Vorjahr jeweils um 2.6 % zu.

Die Wirtschaft der **Schweiz** ist 2012 voraussichtlich um 0.9 % gewachsen. Die Wirtschaftsentwicklung ist durch große Unterschiede zwischen der immer noch recht gut laufenden Inlandsnachfrage und der schwächelnden Exportwirtschaft geprägt. Stark gestützt wird die Konjunktur im Inland durch die historisch tiefen Zinsen und rückläufige Verbraucherpreise, die das reale Haushaltseinkommen stärken. Zudem stützt auch die Zuwanderung die Binnenkonjunktur. Die Gefahr einer Überhitzung am Immobilienmarkt hat sich zu Jahresende deutlich abgeschwächt. Die Exportwirtschaft steht unter einem erhöhten Anpassungsdruck wegen des starken Franken. Gleichzeitig wird die konjunkturelle Entwicklung des Sektors von der merklich verlangsamten Gangart der Weltkonjunktur und von den Konsolidie-

rungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte in den Nachbarländern gedämpft. Im Jahresdurchschnitt sind die Verbraucherpreise um 0.7 % gesunken. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) wird daher auf absehbare Zeit das Zielband für den Dreimonats-Libor unverändert auf dem Tiefststand von 0 % – 0.25 % belassen. Auch am Mindestkurs von 1.20 Franken pro Euro hält die Nationalbank fest. Insgesamt bleiben die Perspektiven für die Schweizer Wirtschaft aufwärts gerichtet. 2013 wird sich die konjunkturelle Entwicklung mit einem BIP-Wachstum von 1.2 % beschleunigen. Die Zurückbildung der Schuldenkrise und die Festigung der konjunkturellen Entwicklung in den Nachbarländern werden die Nachfrage aus dem Ausland stützen. Die Unternehmen werden jedoch mit Investitionen weiterhin zurückhaltend bleiben. Preissteigerungen werden auch für 2013 nicht erwartet.

Das BIP der Schweiz ist im dritten Quartal 2012 im Vergleich zum Vorquartal um 0.6 % gestiegen, im Vorjahresvergleich legte es um 1.4 % zu. Wachstumsimpulse kamen vom privaten Konsum, den Ausgaben der öffentlichen Hand und den Warenexporten. Im vierten Quartal dürfte sich die Konjunktur wieder ausgeweitet haben. Trotz Wirtschaftskrise in Europa blicken die im Rahmen des Sorgenbarometers der *Credit Suisse* Befragten zuversichtlich in die Zukunft. Eine Mehrheit schätzt die Wirtschaftslage für die Schweiz als stabil ein. Dieser Optimismus drückt sich im robusten Konsum der privaten Haushalte aus. Der Wirtschaftsoptimismus ist auf die stabile Binnenwirtschaft der Schweiz zurückzuführen. Ein Fünftel der Befragten erwartet sogar eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Die Verbraucherpreise haben im November im Vorjahresvergleich um 0.3 % nachgegeben. Die Erzeugerpreise stiegen im Vorjahresvergleich um 1.5 %. Die Verbesserung am Arbeitsmarkt ist ins Stocken geraten. Die Arbeitslosenquote ist mit 3 % gegenüber dem Vormonat unverändert geblieben.

Die Auswirkungen der globalen Konjunkturabschwächung und der öffentlichen Verschuldungsproblematik im Euroraum schlugen sich auch in den neuen EU-Mitgliedstaaten nieder. Nach einem optimistischen Jahresbeginn 2012 verlor die wirtschaftliche Aktivität in den **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten** im Laufe des Jahres kontinuierlich an Dynamik. Im dritten Quartal verzeichneten Tschechien, Ungarn, Rumänien, Slowenien und Kroatien einen BIP-Rückgang gegenüber dem Vorquartal. Während in Polen, Rumänien, Bulgarien und Russland die Inlandsnachfrage zunahm, schrumpfte sie in den übrigen Ländern. Nach einem außergewöhnlich guten Vorjahr gab es in Ungarn, Rumänien und Russland dürrebedingt einen starken Produktionsrückgang in der Landwirtschaft. Dies hatte negative Auswirkungen auf das BIP-Wachstum zur Folge.

Im Jahr 2013 dürfte sich das Wirtschaftswachstum in Mittel- und Osteuropa nur leicht beschleunigen. Ein moderates Wachstum der Kreditvolumina vorausgesetzt, könnten Wachstumsimpulse von den Investitionen kommen. Die höhere Wettbewerbsfähigkeit und geringere wirtschaftliche Ungleichgewichte im europäischen Vergleich dürften die Attraktivität dieser Länder als Destination ausländischer Direktinvestitionen erhöhen. Andererseits spiegelt sich die zunächst noch schwache Konjunkturdynamik in Westeuropa in einer verhaltenen Exportnachfrage wider. Darüber hinaus werden die Budgetkonsolidierungsmaßnahmen und der Schuldenabbau den öffentlichen und privaten Konsum in vielen Ländern der Region weiterhin dämpfen. Um die Absorption von EU-Mitteln zu beschleunigen und dadurch zusätzliche Wachstumsimpulse in der Prognoseperiode zu schaffen, brauchen die neuen EU-Mitgliedstaaten neben finanziellen Ressourcen für die Kofinanzierung von Projekten effizientere

Verwaltungskapazitäten und eine angemessene Koordination zwischen den Institutionen, was die Implementierung von weiteren Strukturreformen notwendig macht. Alles in allem erwartet das Institut eine durchschnittliche Zunahme des BIP in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten um 1.1 % in diesem und 1.6 % im nächsten Jahr. 2014 dürfte die Aktivität wieder deutlicher an Fahrt gewinnen und das Wachstum 2.7 % erreichen. Zwar wird die Region damit noch nicht an die hohen BIP-Wachstumsraten von vor der Krise anknüpfen können, dennoch wird das Wachstumsdifferenzial gegenüber dem Euroraum in den Prognosejahren 1.6 bzw. 1.7 und 1.3 Prozentpunkte betragen und die Konvergenz somit weiter fortschreiten.

Im dritten Quartal 2012 verringerte sich das BIP in Ungarn gegenüber dem Vorjahresquartal um 1.5 %, gegenüber dem Vorquartal nahm es um 0.2 % ab. Trotz einer nur leichten Steigerung der Exporte trug der Außenbeitrag wegen einer Stagnation der Importe zum BIP-Wachstum bei. Infolge der weiter sinkenden Transferzahlungen ging der private Konsum zurück. Während sich die Ausrüstungsinvestitionen erhöhten, nahmen die Bauinvestitionen weiter ab, sodass die Anlageinvestitionen rückläufig blieben. Der Anstieg der Verbraucherpreise betrug im November 5.2 %, zurückzuführen auf die starke Zunahme der Lebensmittelpreise. Die Arbeitslosenquote lag im Durchschnitt der Monate August bis Oktober mit 10.5 % um 0.3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die Auslandsnachfrage bleibt in der Prognoseperiode wenig dynamisch. Infolge der hohen Arbeitslosigkeit, der signifikanten Kürzungen im Sozialbereich und des anhaltenden Schuldenabbaus ist mit einem schwachen privaten Konsum zu rechnen. Da die Tilgung der EU- und IWF-Kredite den Finanzierungsbedarf Ungarns in der Prognoseperiode drastisch erhöht, verhandelt Ungarn mit dem IWF über einen neuen Kredit in der Höhe von 15 Mrd. Euro. Die IWF-Auflagen beinhalten neben weiteren Privatisierungen und dem Abbau der Bürokratie zusätzliche Sparmaßnahmen im Sozialbereich. Für 2012 ist ein Rückgang des BIP um 1.4 % zu erwarten. Für 2013 und 2014 wird mit einem Wachstum um 0.3 % bzw. 1.8 % gerechnet.

Die positive Wirtschaftsentwicklung in **Polen** verlor im dritten Quartal 2012 mit einem BIP-Anstieg um 0.4 % gegenüber dem Vorquartal bzw. 1.9 % zum Vorjahresquartal weiter an Dynamik. Diese Entwicklung ist auf die zunehmend schwächere Inlandsnachfrage zurückzuführen. Nach der UEFA EURO 2012 entwickelten sich die Anlageinvestitionen wenig dynamisch. Der Anstieg des privaten Konsums blieb infolge leicht sinkender Beschäftigung und steigender Arbeitslosigkeit schwach. Die Dynamik der Exporte verlangsamte sich zum Vorquartal, blieb aber positiv, die Importe verringerten sich. Die Inflation verharrte auf einem hohen Niveau und betrug im Oktober 3.4 %. Die Arbeitslosenquote lag bei 10.4 % und war damit höher als ein Jahr zuvor. 2012 und 2013 dürfte das BIP infolge der angekündigten Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung und der schwächeren Inlandsnachfrage mit Wachstumsraten von 2.4 % bzw. 2 % langsamer als im Jahr 2011 steigen. 2014 dürfte sich das BIP-Wachstum auf 3 % beschleunigen.

Im dritten Quartal 2012 nahm die Wirtschaftsleistung in **Tschechien** im Vorjahresvergleich um 1.3 % ab, gegenüber dem Vorquartal schrumpfte das BIP um 0.3 %. Der private Konsum entwickelte sich negativ. Während die Ausrüstungsinvestitionen expandierten, schrumpften die Bauinvestitionen stark, sodass insgesamt eine Stagnation der Anlageinvestitionen zu verzeichnen war. Allein die Nettoexporte trugen wesentlich zum BIP-Wachstum bei. Im dritten Quartal nahm die Beschäftigung im Jahres- und

Quartalsvergleich leicht zu, die Arbeitslosenquote lag im Oktober mit 7.3 % um 0.8 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau. Aufgrund von Preissteigerungen bei Lebensmitteln stieg die Inflation im November auf 3.3 %. 2012 dürfte die Wirtschaftsleistung wegen der schwachen Inlands- und Auslandsnachfrage und der Implementierung weiterer Budgetkonsolidierungsmaßnahmen um 1.1 % zurückgegangen sein. 2013 und 2014 dürfte das BIP um 0.6 % bzw. 2.3 % zunehmen.

Im dritten Quartal 2012 betrug das Wirtschaftswachstum in der **Slowakei** gegenüber dem Vergleichsquarter des Vorjahres 2.1 % bzw. gegenüber dem Vorquartal 0.6 %. Das Wachstum wurde weiterhin von den Nettoexporten und der Autoindustrie getragen. Die Investitionen entwickelten sich rückläufig. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit und der gedämpften Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte verringerte sich der private Konsum. Im November betrug die Inflationsrate 3.4 %. Die Arbeitslosenquote belief sich im Oktober auf 14 % und lag damit auf dem Vorjahresniveau. Die Rückführung des hohen Budgetdefizits und der Arbeitslosigkeit sowie die steigende Auslandsverschuldung sind wichtige wirtschaftspolitische Herausforderungen. Die schwächere Konjunktur in den Haupt-handelspartnerländern dürfte das BIP-Wachstum dämpfen. Neben den Konsolidierungsmaßnahmen über die Einnahmenseite (z.B. Erhöhung der Körperschaftsteuer um 4 Prozentpunkte auf 23 % ab Jänner 2013) werden zusätzliche Maßnahmen in der Prognoseperiode erforderlich sein, um ein Budgetdefizit von 3 % des BIP zu erreichen. Alles in allem wird mit einem Wirtschaftswachstum von 2.3 % in diesem Jahr bzw. 2.1 % und 3 % 2013 und 2014 gerechnet.

Das BIP in **Slowenien** ging im dritten Quartal 2012 um 3.3 % im Vorjahresvergleich zurück, gegenüber dem Vorquartal nahm es um 0.6 % ab. Der Konsum sowie die Ausrüstungsinvestitionen und insbesondere die Bauinvestitionen blieben infolge der kräftigen Verlangsamung der Kreditvergabe stark rückläufig, die Nettoexporte nahmen hingegen moderat zu. Die Inflation verlangsamte sich im November auf 2.3 %, die Arbeitslosigkeit lag im Oktober mit 8.6 % auf dem Vorjahresniveau. Die schwächere Auslandsnachfrage, die sich in der verhaltenen Entwicklung der Exporte widerspiegelt, sowie die notwendigen Maßnahmen zur Stützung des Bankensektors (überwiegend in öffentlicher Hand) und zum Abbau des hohen Budgetdefizits dämpfen das Wachstum. Für 2012 wird mit einem Rückgang des BIP um 2 % gerechnet. Nach einer weiteren Abnahme 2013 um 1.5 % dürfte die Wirtschaftsleistung 2014 um 1 % steigen.

Im dritten Quartal 2012 ging das BIP in **Rumänien** um 0.6 % im Vorjahresvergleich zurück, gegenüber dem Vorquartal nahm es um 0.5 % ab. Dieser Rückgang spiegelt hauptsächlich die starke Kontraktion der landwirtschaftlichen Produktion – um rund 30 % im Vorjahresvergleich – wider. Die Anlageinvestitionen – insbesondere im Infrastrukturbereich – trugen das Wachstum. Der Konsum entwickelte sich hingegen verhalten. Die schwache Auslandsnachfrage führte zu einer schwachen Entwicklung der Exporte und der Importe. Die jährliche Inflationsrate nahm im November aufgrund von Steigerungen bei Lebensmittelpreisen auf 4.6 % zu. Die Arbeitslosenquote ging in den letzten Monaten zurück und betrug im Oktober 6.9 %, allerdings sind viele Arbeitslose in der Statistik nicht erfasst. Die größten Herausforderungen der rumänischen Wirtschaft bleiben die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits und der Abbau des Zahlungsrückstands des öffentlichen Sektors. Das BIP dürfte 2012 um 0.5 % zugenommen haben. 2013 und 2014 sollte es um 1.7 % bzw. 2.7 % steigen.



Im dritten Quartal 2012 wuchs das BIP in **Bulgarien** um 0.5 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Gegenüber dem Vorquartal nahm es um 0.1 % zu. Das Wachstum wurde vom privaten Konsum, infolge steigender Haushaltseinkommen, und den Investitionen getragen. Die Exporte und die Importe nahmen moderat zu. Die Inflationsrate betrug im November 2.7 %, die Arbeitslosenquote stieg seit Anfang des Jahres kontinuierlich an und belief sich im Oktober auf 12.6 %. Die hohe Arbeitslosigkeit und die Verschuldung der Haushalte und Unternehmen dämpfen das BIP-Wachstum in der Prognoseperiode. 2012 dürfte das Wirtschaftswachstum 0.5 % betragen haben. Eine Beschleunigung auf 1.7 % bzw. 2.5 % wird für 2013 und 2014 erwartet.

Im dritten Quartal 2012 ging das BIP in **Kroatien** gegenüber dem Vorjahresquartal um 1.9 % zurück. Wegen der restriktiven Kreditbedingungen nahmen die Investitionen stark ab. Der Konsum blieb schwach, da die schwierigen Arbeitsmarktbedingungen (niedrige Beschäftigungsquote und steigende Arbeitslosigkeit) sowie höhere Steuern und Energiepreise auf die Einkommen drücken. Die Exporte und die Importe stagnierten. Im November betrug die Inflationsrate 4.4 %, die Arbeitslosenquote stieg im Oktober auf 15.9 %, was einer Steigerung um 2 Prozentpunkte zum Vorjahresmonat entspricht. Die hohe Verschuldung der privaten Haushalte und der Unternehmen dämpft in der Prognoseperiode die Inlandsnachfrage. 2012 könnte das BIP um 1.9 % geschrumpft sein. Die Implementierung wirtschaftspolitischer Reformen, darunter einer Arbeitsmarktreform, und die Senkung des Budgetdefizits stellen gegenwärtig die wichtigsten Herausforderungen dar. 2013 und 2014 dürfte das BIP aufgrund anziehender Investitionen um 0.5 % bzw. um 2.2 % zunehmen.

Im dritten Quartal 2012 hat sich die Konjunkturdynamik in **Russland** deutlich verlangsamt. Das BIP-Wachstum belief sich auf 2.9 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Dies ist in erster Linie auf schwächere Investitionen zurückzuführen. Infolge steigender Beschäftigung und Realeinkommen sowie wachsender Konsumkredite nahm dagegen der private Konsum zu. Die Exporte stiegen in den ersten neun Monaten stärker als die Importe. Nachdem in der ersten Jahreshälfte die Inflationsrate deutlich zurückgegangen war, stieg sie auf rund 6.5 % im November. Die Ursache hierfür war hauptsächlich die Zunahme der Nahrungsmittelpreise, wozu auch schlechte Ernten als Folge von Dürren beitrugen. Die Arbeitslosigkeit fiel im Oktober auf 5.3 %, nach 6.6 % zu Jahresbeginn. Im Prognosezeitraum nimmt die Wirtschaftsleistung Russlands weiterhin zu, wenngleich mit einem abgeschwächten Tempo. Geopolitische Unsicherheiten in anderen erdölexportierenden Regionen werden die Nachfrage nach russischem Öl und Gas stabilisieren. Das Volumen der Exporte wird wegen der eng begrenzten Förderkapazitäten bei Öl und Gas aber nur moderat zunehmen. Die Implementierung der angekündigten Reformen zur Verbesserung des Investitionsklimas und die anstehenden Privatisierungsvorhaben sollten das BIP-Wachstum stützen. Im Ergebnis erwartet das Institut einen Anstieg des russischen BIP um jeweils 3.8 % in diesem und im nächsten Jahr und um 4 % im Jahr 2014.

## Internationale Rahmenbedingungen

### Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2010	2011	2012	2013	2014
Welthandel	15.1	5.8	2.1	3.8	7.3
BIP, real					
Deutschland	4.2	3.0	0.7	0.6	1.8
Italien	1.8	0.4	-2.3	-0.7	0.5
Frankreich	1.7	1.7	0.1	0.3	1.3
Vereinigtes Königreich	1.8	0.9	-0.1	1.0	1.8
Schweiz	3.0	1.9	0.9	1.2	2.0
USA	2.4	1.8	2.3	2.0	2.5
Japan	4.7	-0.6	1.7	0.7	1.2
China	10.4	9.2	7.5	8.3	8.7
Polen	3.9	4.3	2.4	2.0	3.0
Slowakei	4.4	3.2	2.3	2.1	3.0
Tschechien	2.5	1.9	-1.1	0.6	2.3
Ungarn	1.3	1.6	-1.4	0.3	1.8
Slowenien	1.2	0.6	-2.0	-1.5	1.0
Bulgarien	0.4	1.7	0.5	1.7	2.5
Rumänien	-1.1	2.2	0.5	1.7	2.7
Kroatien	-1.4	0.0	-1.9	0.5	2.2
Russland	4.3	4.3	3.8	3.8	4.0
Euroraum	2.0	1.4	-0.5	-0.1	1.4
NMS-10*)	2.2	3.0	1.1	1.6	2.7
EU-27	2.1	1.5	-0.3	0.2	1.5
OECD	3.0	1.8	1.3	1.4	2.2
Österreichische Exportmärkte	11.4	6.2	1.5	3.3	6.0
USD/EUR Wechselkurs**)	1.33	1.39	1.29	1.26	1.26
Rohölpreis (Brent) **)*****)	79.4	111.7	112.0	112.0	117.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB; nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen.

\*) NMS-10: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen

\*\*\*) absolute Werte

\*\*\*\*) USD/barrel

### 3. Die österreichische Außenwirtschaft

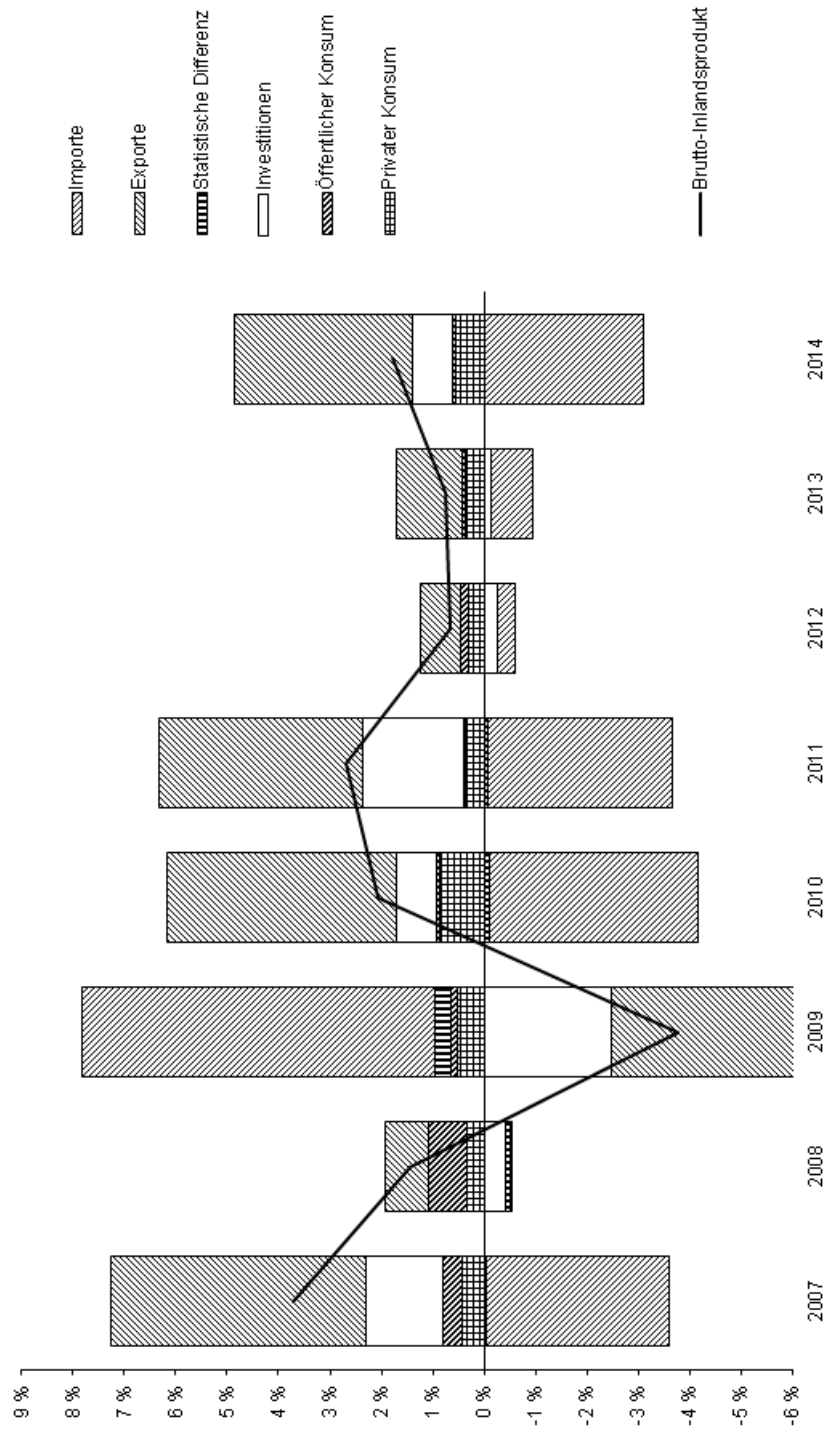
Die österreichische Außenwirtschaft litt 2012 unter der Nachfrageschwäche in den Nachbarländern. Entsprechend der schwachen Entwicklung der wichtigsten österreichischen Exportmärkte wuchsen die Ausfuhren nur sehr wenig. Der Preisauftrieb in der Außenwirtschaft schwächte sich ab. Mit dem Nachlassen der Vertrauenskrise werden sich die Bedingungen auf den österreichischen Exportmärkten im kommenden Jahr verbessern, die Zuwachsraten werden jedoch deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt liegen. Erst 2014 werden die Exporte wieder kräftig anziehen. Die Handelsbilanz, die 2012 einen leicht negativen Saldo ausgewiesen hat, dürfte auch 2013 und 2014 ein Defizit ausweisen.

Im dritten Quartal 2012 sind die nominellen Warenexporte laut Statistik Austria gegenüber dem Vorjahresquartal um 1.4 % gewachsen. Die Exporte in den Euroraum nahmen dabei um 0.9 % ab, die Ausfuhren in sonstige Länder legten um 2.3 % zu. Die stärkste Dynamik wiesen die Exporte nach Nordosteuropa und nach Nordamerika auf, während die Exporte nach Südosteuropa am deutlichsten zurückgingen. Nach Warengruppen legten die Exporte von Chemischen Erzeugnissen um 9.2 %, die Ausfuhren von Maschinen und Fahrzeugen um 2.3 % zu. Die Exporte von Bearbeiteten Waren fielen um 1.8 %, jene von Fertigwaren um 2.5 %. Auch im vierten Quartal dürfte die Exportdynamik schwach geblieben sein. Für die kommenden Monate erwartet das Institut eine stabile Nachfrage aus den USA und China, die Exporte nach Italien dürften weiterhin zurückgehen. Die Nachfrage nach den wichtigsten Produktgruppen Chemische Erzeugnisse, Bearbeitete Waren sowie Maschinen und Fahrzeuge dürfte sich in den kommenden Monaten etwas verbessern. 2012 sind die gesamten nominellen Warenexporte um 1.8 % gewachsen. 2013 wird sich die Exportdynamik auf 3 % beschleunigen. Eine deutliche Aufhellung in der Auslandsnachfrage dürfte es 2014 geben, sodass mit einem Exportwachstum von 8.4 % zu rechnen ist. Die Warenimporte haben im Jahresdurchschnitt 2012 um 0.9 % zugelegt. Aufgrund der leicht verbesserten Welthandelsdynamik und Binnennachfrage beschleunigt sich das Wachstum 2013 auf 2.3 %. 2014 könnten die Warenimporte mit 8.1 % wieder stärker anziehen.

Die Nächtigungen von Ausländern in Österreich sind im dritten Quartal im Vorjahresvergleich um 3.5 % gestiegen. Die Übernachtungen von Touristen aus den Niederlanden, den USA, Osteuropa und Asien nahmen dabei zu. Hingegen sind die Nächtigungen von deutschen, französischen und italienischen Gästen gesunken. Die österreichischen Reiseverkehrsexporte sind 2012 nominell um 5.1 % gewachsen. Für 2013 und 2014 werden jahresdurchschnittliche Zuwächse von 2.9 % bzw. 3.4 % erwartet. Die Reiseverkehrsimporte haben 2012 um 5.6 % zugenommen. 2013 wird sich ihr Wachstum auf 1.5 % verlangsamen, gefolgt von einem Zuwachs um 3.6 % im Jahr 2014.

2012 sind die realen Exporte i. w. S. laut VGR um 1.4 % bzw. die realen Warenexporte um 0.5 % gewachsen. 2013 und 2014 werden die realen Exporte i. w. S. laut VGR um 2.2 % bzw. um 5.9 %, die realen Warenexporte um 2 % bzw. 6.5 % steigen. Die realen Importe i. w. S. laut VGR sind im Jahr 2012 um 0.6 % gestiegen, die realen Warenimporte sind um 0.6 % gesunken. Die realen Importe i. w. S. laut VGR werden 2013 und 2014 um 1.6 % bzw. 6 % zunehmen. Für die realen Warenimporte ist mit einem Anstieg um 1.3 % bzw. 6.5 % zu rechnen.

Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten

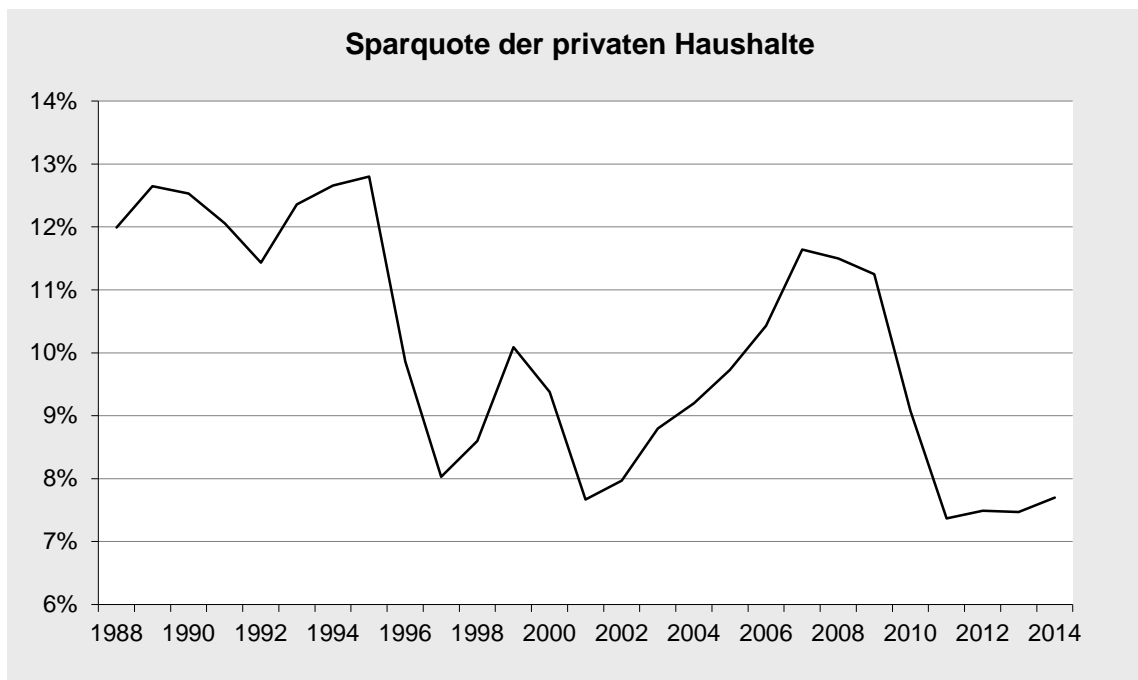




## 4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im kommenden Jahr steckt die schwache Einkommensdynamik der Ausgabenfreude der österreichischen Haushalte enge Grenzen. Erst im darauf folgenden Jahr wird sich der Spielraum sowohl für Anschaffungen als auch für das Aufgreifen von Sparzielen spürbar weiten. Jedoch werden die für das Jahr 2014 prognostizierten Einkommenszuwächse verstärkt bei den Gewinneinkommen angesiedelt sein, und diese beeinflussen die Konsumausgaben in geringerem Ausmaß als die Lohneinkünfte. Die zusätzlichen Einkünfte werden dann nicht zur Gänze in Konsumausgaben umgesetzt, und die derzeit für österreichische Verhältnisse niedrige Haushaltssparquote beginnt sich wieder etwas zu heben.

Der **private Konsum** wächst 2013 um real 0.7 % und damit im Gleichschritt mit den real verfügbaren Haushaltseinkommen. Mit diesem Ausgabenmuster schließen die Haushalte an das verhaltene Konsumklima des ablaufenden Jahres nahtlos an. Gegenüber der September-Prognose wurde die Einschätzung der künftigen Entwicklung der Konsumnachfrage dem neuen wirtschaftlichen Gesamtbild angepasst und leicht zurückgenommen, während die Einschätzung der Einkommen nahezu unverändert bleibt. 2014 wird sich die Wachstumsrate des realen Konsums auf 1.1 % beschleunigen. Die real verfügbaren Einkommen werden demgegenüber allerdings um 1.4 % expandieren.

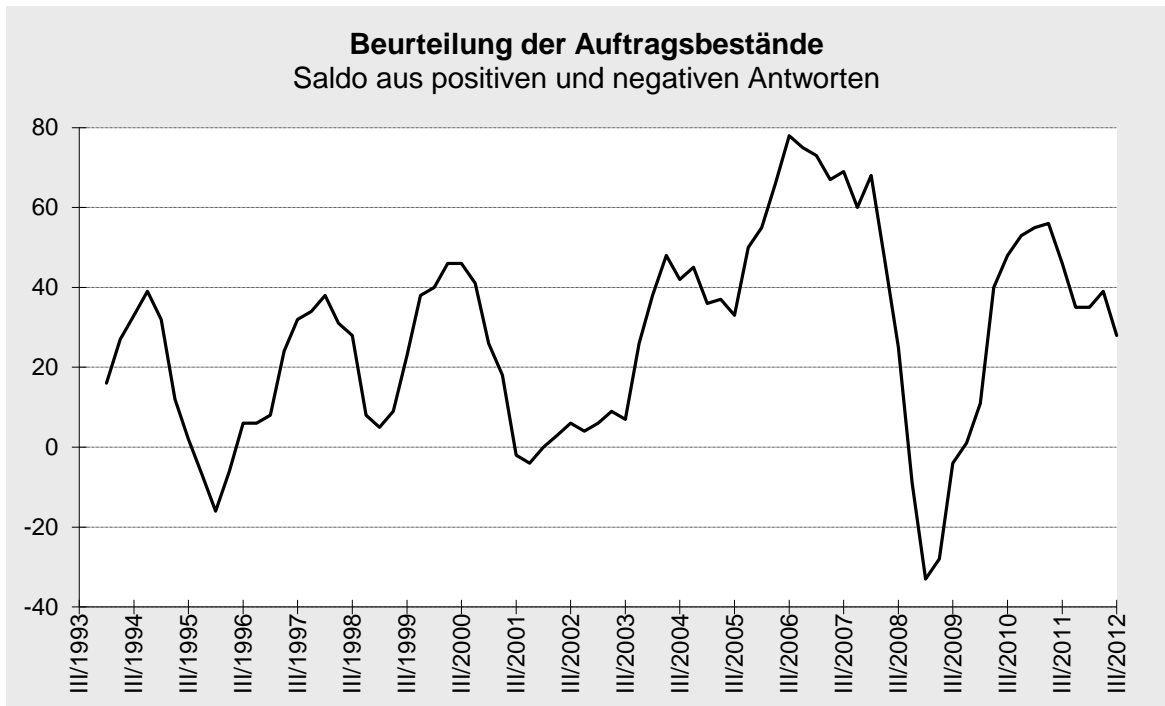


Die **Haushaltssparquote** unterlag nach ihrem Höchststand 2007 einer rückläufigen Bewegung. In den Jahren 2010 und 2011 erlitten die österreichischen Haushalte Realeinkommensverluste, wollten oder konnten ihr Ausgabeverhalten aber nicht der verschlechterten Einkommenssituation anpassen und entsparten. Erst im ablaufenden Jahr ist diese fallende Tendenz zur Ruhe gekommen. Derzeit stagniert die Haushaltssparquote auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau von rund 7.5 %. Zwar wären die Haushalte weiter an der Verfolgung ihrer längerfristigen Sparpläne interessiert, für diese ist jedoch der Einkommensrahmen zu eng. Erst ab 2014 wird mit dem Wiedererstarren der Konjunktur auch die Einkommensdynamik wieder lebhafter, und ein Wiederaufbau der Haushaltssparquote könnte einsetzen.

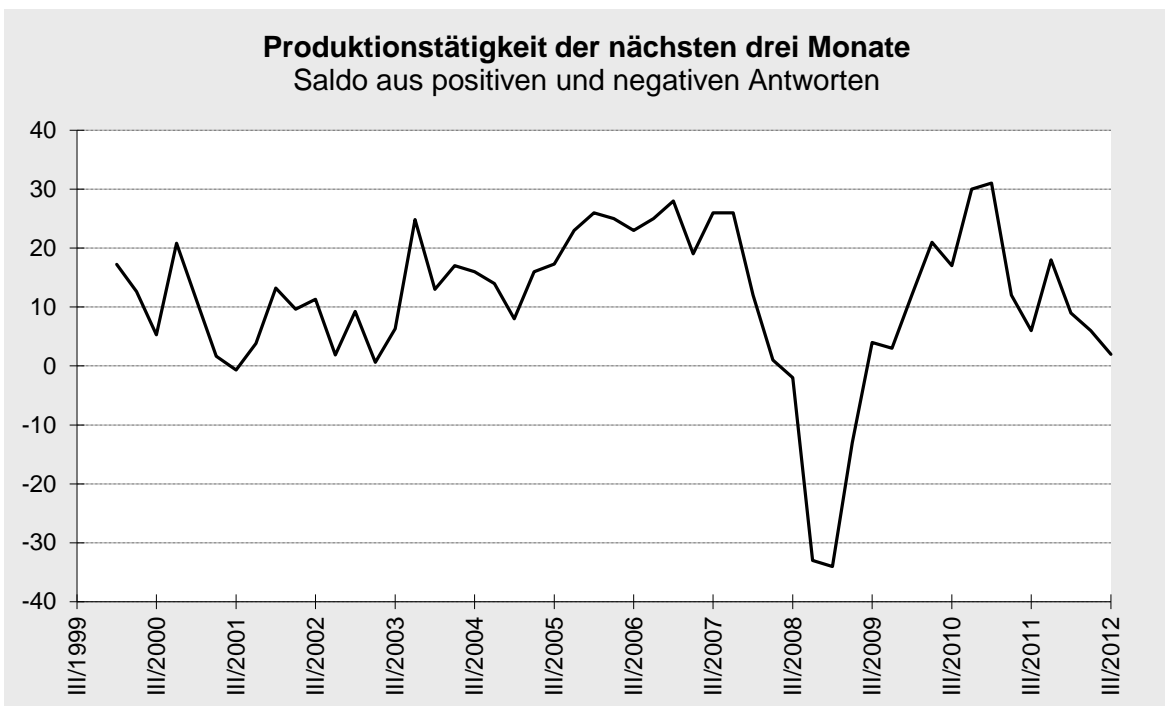
Im Prognosezeitraum verfügt das verhältnismäßig kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** über eine dem privaten Konsum parallele Dynamik. Im kommenden Jahr beträgt das Wachstum dieses Aggregates lediglich 0.5 %, 2014 wird es sich auf 1.3 % beschleunigen.

Nachdem die gute Konjunktur im vergangenen Jahr zu einem Wachstum der Anlageinvestitionen um 7.3 % geführt hatte, machte sich die Abschwächung der Produktion im Verlauf des Jahres 2012 zunehmend in der Investitionstätigkeit bemerkbar. Dies betrifft vor allem die Ausrüstungsinvestitionen, während der Wohnbau robust blieb.

Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstige Anlagen) stagnierten im Durchschnitt der ersten neun Monate 2012. Im ersten Jahresviertel hatten die Unternehmen angesichts der noch guten Konjunktur ihre Käufe von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten recht kräftig ausgeweitet. Aufgrund der nachlassenden Nachfrage, vor allem aus dem europäischen Ausland, nahmen die Auftragsbestände und damit die Kapazitätsauslastung in der Industrie im Jahresverlauf aber stark ab. Daraufhin haben die Industrieunternehmen ihre Produktions- und Gewinnerwartungen immer weiter zurückgenommen und auf die Umsetzung geplanter Investitionsprojekte verzichtet. Dies äußerte sich im dritten Quartal in einem kräftigen Rückgang der Fahrzeuginvestitionen, aber auch die übrigen Ausrüstungsinvestitionen wurden eingeschränkt.

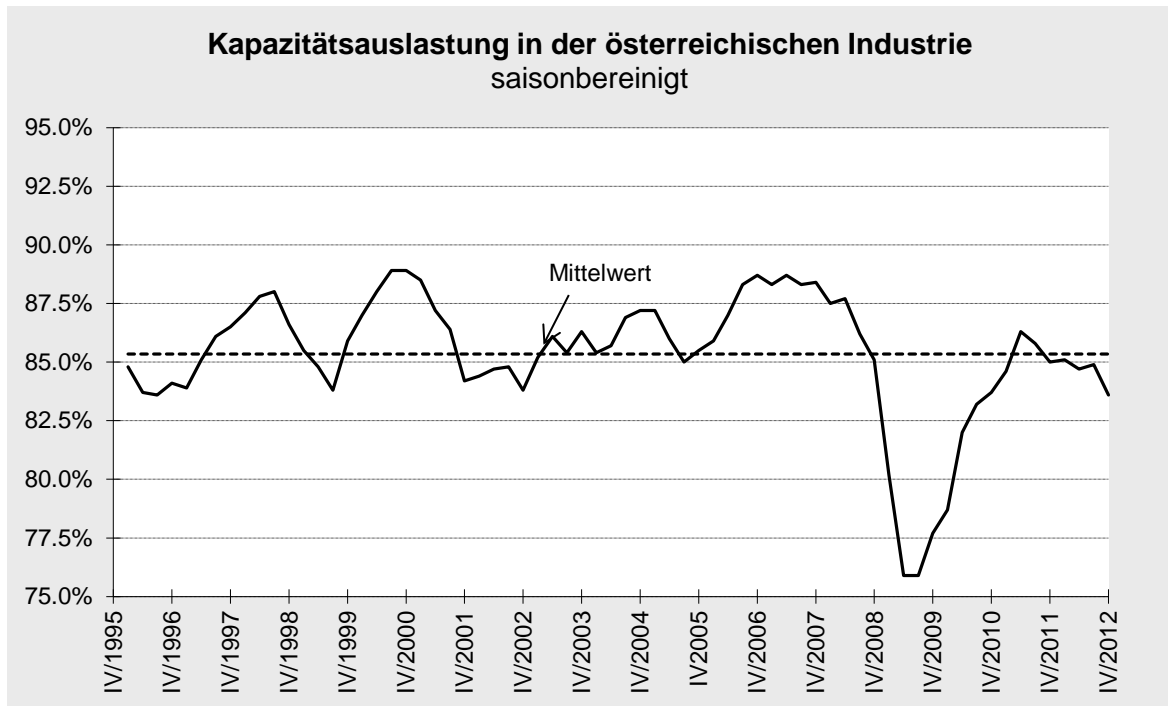


Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Industriellenvereinigung





Quelle: Europäische Kommission

Die Investitionen werden im Prognosezeitraum wohl zunächst weiter sinken und sich nur allmählich beleben. Vor allem veranlassen die Unsicherheiten über die weitere Entwicklung der europäischen Vertrauenskrise die Unternehmen dazu, bei Sachkapitalinvestitionen zurückhaltend zu agieren. Erst mit dem erwarteten Anziehen der Nachfrage im Verlauf des kommenden Jahres sollten die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen zum Tragen kommen. Die Realzinsen sind ausgesprochen niedrig, und aufgrund der soliden Gewinnentwicklung im Jahr 2012 sind auch die Innenfinanzierungsmöglichkeiten gut. Die Kreditbedingungen haben sich zuletzt allerdings leicht verschlechtert und diese Tendenz wird sich in den kommenden Monaten fortsetzen. Gemäß der Umfrage der Oesterreichischen Nationalbank zum Kreditgeschäft (*Bank Lending Survey*) haben die Geschäftsbanken im dritten Quartal ihre Richtlinien für Unternehmenskredite aufgrund höherer Refinanzierungskosten und einer verschärften Risikobeurteilung nochmals leicht verschärft. Für das vierte Quartal wurde eine weitere leichte Straffung der Kreditbedingungen erwartet. Dennoch bilden wohl nicht die Finanzierungskosten, sondern die Unsicherheiten und die geringe Kapazitätsauslastung die größten Investitionshemmnisse. Im kommenden Jahr bleiben die Absatzmöglichkeiten der österreichischen Unternehmen im Euroraum und in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern gedämpft. Stärkere Investitionszuwächse erfordern aber nicht nur eine Belebung der Nachfrage, sondern vor allem ein Abklingen der Unsicherheit. Alles in allem erwartet das Institut, dass die Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2013 um 2 % sinken und 2014 um 3 % steigen, nach einem Rückgang um 1 % im Jahr 2012.

Der Anstieg der Investitionsgüterpreise, gemessen am Deflator der Ausrüstungsinvestitionen, hat sich im Jahresverlauf markant abgeschwächt und ist im dritten Quartal fast zum Stillstand gekommen. Im Einklang mit der schwachen internationalen Investitionskonjunktur sind die Preise für wichtige In-

dustrierohstoffe zuletzt gefallen. Trotz der expansiven Geldpolitik und der Konjunkturprogramme in China ist damit zu rechnen, dass sich die meisten Rohstoffpreise aufgrund der schwachen Weltkonjunktur und einer guten Angebotssituation in den nächsten Monaten tendenziell seitwärts entwickeln werden. Vor diesem Hintergrund dürfte der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen im kommenden Jahr um 0.6 % und 2014 mit der anziehenden Konjunktur etwas stärker um 0.8 % zulegen, nach 0.6 % im heurigen Jahr.

Die **realen Bauinvestitionen** wurden im Jahr 2011 kräftig ausgeweitet, und diese Entwicklung setzte sich in den ersten drei Quartalen mit einem Anstieg um 2 % fort. Dies ist aber ausschließlich der sehr kräftigen Ausweitung der Wohnbauinvestitionen um 6.7 % zu verdanken. Die sonstigen Bauinvestitionen (öffentlicher Bau und Bauinvestitionen der Unternehmen) sanken hingegen um 1.2 %.

Die gespaltene Baukonjunktur dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Der Wohnbau erhält Impulse von der Zunahme der Wohnbevölkerung, den sehr niedrigen Realzinsen und steigenden Immobilienpreisen. Die Baubewilligungen sind in der ersten Hälfte dieses Jahres zwar etwas gesunken. Ihr starker Anstieg im vergangenen Jahr und die Auftragseingänge im Wohnbau sprechen aber dafür, dass einige der bereits bewilligten Bauprojekte bisher nicht umgesetzt wurden, sodass die Bauinvestitionen von dieser Seite auch weiterhin gestützt werden. Die leichte Verschärfung der Kreditrichtlinien für Wohnbaufinanzierungen dürfte angesichts des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und der hohen Liquidität die Bauinvestitionen nicht nennenswert beeinträchtigen.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen werden sich im Einklang mit den Ausrüstungsinvestitionen wohl insgesamt schwach entwickeln und erst mit der konjunkturellen Aufhellung und dem Abebben der Unsicherheiten allmählich wieder zunehmen. Die notwendige Budgetkonsolidierung wird die Gebietskörperschaften im Prognosezeitraum dazu veranlassen, bei ihren Bauinvestitionen zurückhaltend zu agieren. Auch die ausgegliederten Infrastrukturgesellschaften müssen der hohen Verschuldung Rechnung tragen, sodass der Tiefbau von dieser Seite ebenfalls kaum Impulse erhalten wird. Alles in allem erwartet das Institut bei den Bauinvestitionen in jedem der drei Prognosejahre einen Anstieg um rund 2 %.

Der ausgeprägte Auftrieb der Baupreise hielt im bisherigen Jahresverlauf unvermindert an. Angesichts der guten Baukonjunktur gelang es den Unternehmen offenbar, steigende Preise für Rohstoffe, etwa Rohöl und Baustahl, und darauf beruhende Materialien an die Kunden weiterzugeben. Im Durchschnitt der ersten neun Monate waren die Preise im Hochbau um 2.5 % und im Tiefbau um 2.7 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Aus dieser Preisentwicklung resultierte ein Anstieg des Deflators der Bauinvestitionen um 2.7 %. Insbesondere in Euro gerechnet wird der Preisauftrieb bei für die Bauwirtschaft wichtigen Rohstoffen und Vorprodukten nur allmählich abklingen. Deshalb dürfte sich der Anstieg des Preisindex der Bauinvestitionen nur langsam von 2.7 % im heurigen Jahr auf 2.5 % im kommenden Jahr und 2.4 % im Jahr 2014 abschwächen.

Für die **realen Bruttoanlageinvestitionen** ergibt die Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen einen Anstieg um 0.6 % im laufenden Jahr, eine Stagnation im kommenden Jahr und einen Zu-

wachs um 2.4 % im Jahr 2014. Da die Unternehmen angesichts der markant fallenden Nachfrage weniger Lagerbestände als zuvor aufgebaut haben, unterschritten die gesamten **realen Bruttoinvestitionen** (Bruttoanlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) im Durchschnitt der ersten drei Quartale ihren Stand aus dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1.6 %, während die Bruttoanlageinvestitionen, also die Bruttoinvestitionen ohne Lagerbestandsveränderungen, noch um 1 % expandierten. Die Konjunkturdelle wird wohl dazu führen, dass die Vorratsveränderungen auch im kommenden Jahr die gesamtwirtschaftliche Expansion bremsen und erst im Jahr 2014 wieder einen positiven Wachstumsbeitrag liefern. Nach einem Rückgang um 1.2 % im Durchschnitt des heurigen Jahres dürften die realen Bruttoinvestitionen im kommenden Jahr weiter eingeschränkt werden (-0.6 %) und erst 2014 mit 3.7 % wieder eine positive Wachstumsrate erzielen.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** ist im Prognosezeitraum von dem Anfang 2012 beschlossenen Konsolidierungsprogramm geprägt. Zusätzlich wirken sich die Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen spürbar auf das gesamtstaatliche Defizit aus. Verglichen mit 2011 wird die Defizitquote heuer um 0.5 Prozentpunkte auf 3.1 % des BIP ansteigen. Der Anstieg liegt hauptsächlich in Einmalmaßnahmen zur Bankenhilfe begründet. Auch 2013 werden weitere Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen gesetzt. Durch Inkrafttreten eines Großteils an Konsolidierungsmaßnahmen wird nach Einschätzung des Instituts die Defizitquote 2013 auf 2.6 % sinken und damit leicht über dem geplanten Defizitpfad der Bundesregierung liegen. Für 2014 wird eine Reduktion der Defizitquote auf 1.5 % prognostiziert. Der Rückgang wird durch den Wegfall oben genannter Einmalmaßnahmen, dem Einsetzen weiterer Konsolidierungsmaßnahmen, sowie der erwarteten konjunkturellen Besserung begründet. Prognoseunsicherheit besteht hauptsächlich bezüglich der budgetären Konsequenzen möglicher unvorhersehbarer Mehrausgaben für weitere Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen.

Die Steuereinnahmen können 2012 trotz gedämpfter wirtschaftlicher Entwicklung erneut gesteigert werden. Hauptverantwortlich dafür sind die Produktionsabgaben und die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer. Diese werden sich auch in den Folgejahren wegen der guten Beschäftigungslage und relativ hohen Lohnabschlüssen ausdehnen. Ein ähnliches Bild wird für die Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge prognostiziert. Bedeutend schwächer wird im Prognosezeitraum die Entwicklung der Einnahmen aus der Kapitalertrags- und der Körperschaftsteuer ausfallen. Erstere werden durch das niedrige Zinsniveau belastet, während sich zweitere aufgrund der getrüben konjunkturellen Entwicklung frühesten 2014 erholen werden.

Der nominelle öffentliche Konsum dehnt sich 2012 mit 3.6 % noch relativ stark aus, bevor er 2013 und 2014 mit Raten von 1.2 % und 1.7 % spürbar schwächer wachsen wird. Hauptverantwortlich dafür sind die beschlossenen Einsparungen im öffentlichen Dienst durch Aufnahmestopp, Nulllohnrunde 2013 und bescheidener Gehaltsanpassung 2014. Weitere dämpfende Effekte für das Defizit ergeben sich durch die beschlossenen geringeren Pensionsanpassungen, welche trotz steigender Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung das Wachstum der monetären Transfers 2013 und 2014 moderater ausfallen lassen werden. Darüber hinaus wird die Konsolidierung durch das aktuell niedrige Zinsniveau unterstützt.

In den ersten drei Quartalen dieses Jahres sind die Tariflöhne um durchschnittlich 3.2 % angestiegen. Der Anstieg der **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** fiel gemäß den vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im gleichen Zeitraum mit 2.8 % geringer aus. Insgesamt geht das Institut von einem Anstieg der Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten um 2.8 % im ablaufenden Jahr aus. Aufgrund der Steigerung der Verbraucherpreise, die höher als erwartet ausfiel, stagnieren die Reallöhne im Jahr 2012.

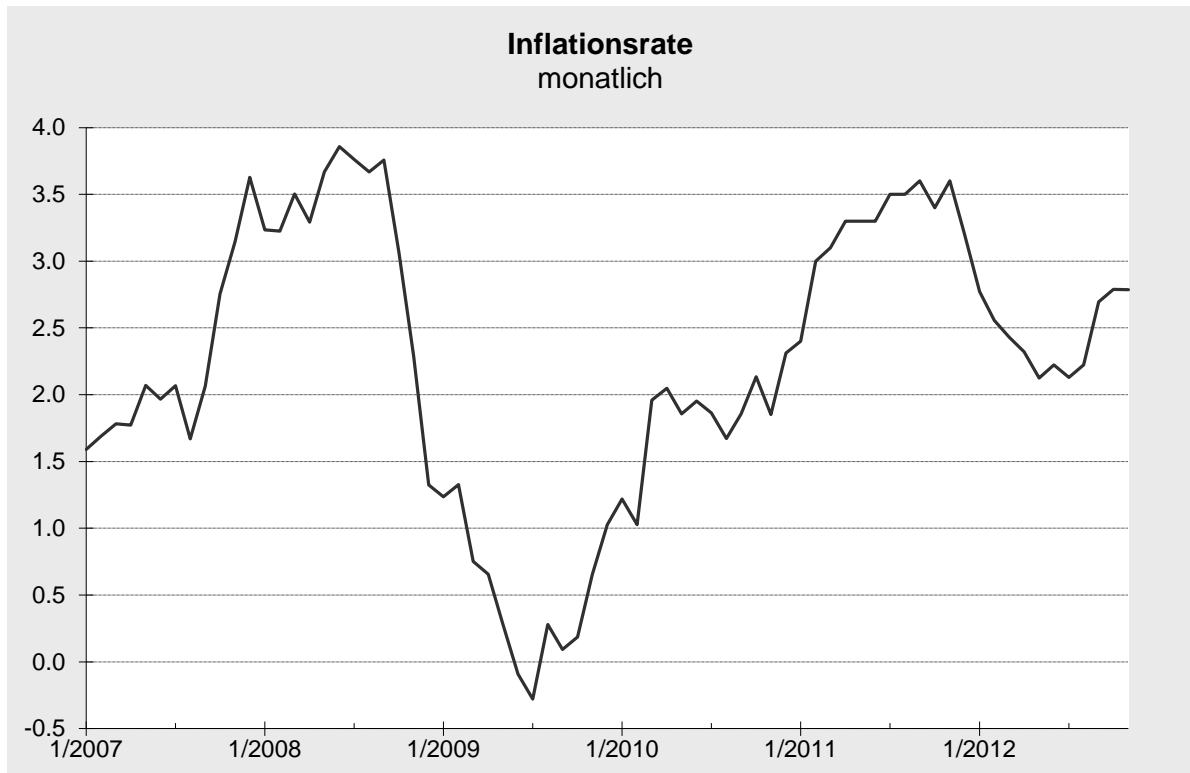
Der Lohnabschluss der Metallindustrie im Herbst 2012 betrug 3.4 %. Im Handel wurde eine Lohnerhöhung von 3 %, bei den Beamten eine Nulllohnrunde für 2013 vereinbart. Aufgrund der schwachen Konjunktur ist auch für das kommende Jahr mit einer negativen Lohndrift zu rechnen. Folglich wird für das Jahr 2013 ein Wachstum der Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten von 2.2 % prognostiziert. Damit werden die Reallöhne um 0.4 % ansteigen, was in etwa dem Anstieg der Arbeitsproduktivität entsprechen dürfte.

Aufgrund der sich verschlechternden Lage am Arbeitsmarkt dürften die Lohnabschlüsse für 2014 moderat ausfallen. Die Arbeitnehmerentgelte dürften um 2.4 % ansteigen, die Reallöhne werden damit um 0.5 % ansteigen und hinter dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität zurückbleiben.

Im Dezember 2011 begann die **Inflationsrate** zu sinken. Dieser Trend setzte sich etwa bis Mitte dieses Jahres – den Erwartungen entsprechend – fort, da sich die Konjunkturaussichten zunehmend eintrübten und folglich der Preisauftrieb abnahm. Im Sommer kam es jedoch aufgrund von Missernten zu einem deutlichen Anstieg der Nahrungsmittelpreise, was den Inflationsdruck wieder erhöhte. Der gleichzeitige Anstieg des Rohölpreises und die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar verstärkten diese Tendenzen zudem. Dieser Anstieg wichtiger Rohstoffpreise kam im Herbst endgültig bei den Verbraucherpreisen an und die Inflationsrate begann abermals zu steigen. Ausgehend von einem Preisanstieg von 2.2 % im August, betrug die Inflation im September 2.7 % und verharrte im Oktober und November bei 2.8 %. Zum Teil dürfte der Preisauftrieb jedoch auch auf den verhältnismäßig kräftigen Anstieg der Lohnstückkosten zurückzuführen sein, da Unternehmen die gestiegenen Lohnkosten zu einem Teil auf die Endverbraucherpreise überwälzt haben dürften. Im Durchschnitt des ablaufenden Jahres beträgt die Inflationsrate 2.5 %.

Im kommenden Jahr wird der Inflationsdruck nachlassen. Dies lässt sich auf die weiterhin trüben Konjunkturaussichten und die moderate Entwicklung der Lohnstückkosten zurückführen. Von Seiten der Rohstoffpreise sind zudem im kommenden Jahr kaum preistreibende Impulse zu erwarten. Aus diesem Grund dürfte die Inflationsrate 2013 sinken und im Jahresdurchschnitt 1.8 % betragen.

Im Jahr 2014 dürfte sich die Konjunkturlage verbessern, wovon jedoch kein starker Preisdruck ausgehen sollte. Auch dürften die internationalen Rohstoff- und Energiepreise nur moderat ansteigen. Das Institut geht daher von einer Inflationsrate von 1.9 % aus.



Quelle: Statistik Austria

Im ablaufenden Jahr trübte sich die Lage am Arbeitsmarkt ein. Überraschend dynamisch entwickelte sich allerdings die Beschäftigung, wozu insbesondere das steigende Arbeitskräfteangebot aufgrund der Arbeitsmarktliberalisierung beitrug. Im Einklang mit der schwachen Konjunktur zog die Arbeitslosigkeit an und die Arbeitslosenquote (nationale Definition) kletterte auf 7 %. Aufgrund der anhaltenden Konjunkturschwäche wird die Beschäftigungsdynamik im nächsten Jahr merklich an Tempo verlieren und die Arbeitslosigkeit wird weiter zunehmen. Für das Jahr 2014 ist eine Stabilisierung der Arbeitsmarktlage zu erwarten. Dieser Prognose liegt weiterhin die Annahme zugrunde, dass die Unternehmen auf den gesamtwirtschaftlichen Rückgang der Arbeitsproduktivität im ablaufenden Jahr, wie schon in der Krise 2009, nur sehr verhalten reagieren. Im internationalen Vergleich fällt in Österreich der Anstieg der Arbeitslosigkeit relativ günstig aus, aber es ist festzuhalten, dass laut Prognose die Arbeitslosenquote im Jahr 2014 mit 7.4 % den Wert des Krisenjahres 2009 (7.2 %) übertrifft und damit auf einem für Österreich historisch hohen Niveau liegt.

In den letzten Monaten hat sich die Beschäftigungsdynamik etwas abgekühlt. So lag die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** im November um 35,000 Personen bzw. 1 % über dem Vergleichsmonat des Vorjahres. Dabei partizipierten beide Geschlechter gleich am Beschäftigungsanstieg. In sektoraler Hinsicht legte die Beschäftigung in allen großen Wirtschaftsbereichen im Vorjahresvergleich zu. So übertraf der Beschäftigtenstand in der Sachgüterproduktion das Vorjahresniveau um 7,200 Personen. Während die Branchen Maschinen/Fahrzeugbau (6,200) und Metall (2,200) noch kräftige Beschäftigungsgewinne verzeichneten, gingen in den Bereichen Textil, Holz und Herstellung von Glas- und sonstigen Waren Arbeitsplätze verloren. Am Bau stieg die Beschäftigung um 3,200 Personen. Rund

23,800 der zusätzlichen Jobs entfielen auf den Dienstleistungssektor, wobei insbesondere die Bereiche öffentliche Verwaltung inklusive Gesundheit und Unterricht (11,700), Beherbergungs- und Gaststättenwesen (6,700) sowie Information und Kommunikation (4,200) Beschäftigungsgewinne verzeichneten. Bei der konjunktur reagiblen Arbeitskräfteüberlassung ist der Beschäftigtenstand gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,900 Personen gesunken, im Verkehrsbereich sind 1,000 Arbeitsplätze abgebaut worden.

Im Jahresdurchschnitt 2012 hat die Zahl der Aktiv-Beschäftigten um rund 48,000 Personen bzw. 1.4 % zugenommen. Vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur fällt der Beschäftigungsanstieg überraschend kräftig aus. Ein Teil des Konjunkturunbruchs dürfte durch eine Reduktion der Arbeitszeit abgefangen worden sein. So deuten die Daten des Mikrozensus darauf hin, dass das Arbeitsvolumen in den ersten drei Quartalen um 0.8 % zugelegt hat. Wesentlich für die starke Beschäftigungsausweitung ist die im Mai 2011 erfolgte Öffnung des Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer aus acht neuen EU-Mitgliedstaaten. In den ersten elf Monaten des ablaufenden Jahres wurden durchschnittlich 62 % der per saldo neu geschaffenen Arbeitsplätze von Personen aus diesen Ländern besetzt. Im November betrug dieser Anteil bereits 73 %.

Die anhaltende Konjunkturschwäche wird im nächsten Jahr die Beschäftigungsdynamik weiter verlangsamen. Die Zahl der offenen Stellen ist schon seit einiger Zeit rückläufig. Insgesamt erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2013 noch eine Beschäftigungsausweitung um 0.3 %. Dabei wird unterstellt, dass die Arbeitsproduktivität nach einem Rückgang um 0.7 % im ablaufenden Jahr nur verhalten zulegt. Mit dem Anziehen der Konjunktur dürfte die Beschäftigung im Jahr 2014 um 0.7 % ansteigen.

## Arbeitsmarktentwicklung 2012

	Jänner bis November (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	45,475	1.3 %
Männer	24,801	1.4 %
Frauen	20,674	1.3 %
Aktiv-Beschäftigte*	48,856	1.5 %
Primärer Sektor	970	1.4 %
Sachgüterproduktion	9,941	1.7 %
Bau	2,986	1.2 %
Dienstleistungssektor	35,495	1.5 %
Arbeitslose	13,552	5.6 %
Männer	8,917	6.6 %
Frauen	4,635	4.3 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

\* ohne KindergeldbezieherInnen, Präsenzdienr mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis

Die Konjunkturlaute manifestiert sich in einem markanten Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im November lag die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** um 17,000 Personen bzw. 6.7 % über dem Vorjahresniveau. Zusätzlich ist die Zahl der Schulungsteilnehmer um 6,000 Personen angestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2012 waren rund 261,000 Personen als arbeitslos vorgemerkkt, damit beträgt der Anstieg knapp 15,000 Personen. Aufgrund der weiterhin trügen Konjunktur erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2013 rund 277,000 Arbeitslose. Dabei geht das Institut von einem weiter steigenden Arbeitskräfteangebot aus, wegen der demografischen Entwicklung und des nachlassenden Effektes der Arbeitsmarkliberalisierung sollte der Anstieg aber deutlich geringer als in den letzten beiden Jahren ausfallen. Für den Jahresdurchschnitt 2014 wird wegen der Wirtschaftsbelebung eine Stabilisierung der Zahl der vorgemerkkten Arbeitslosen erwartet. Für die Jahre 2013 und 2014 werden jeweils 70,000 Schulungsteilnehmer unterstellt.

Die Wirtschaftskrise führt zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote. Im ablaufenden Jahr ist diese gemäß nationaler Definition von 6.7 % auf 7 % angestiegen. Für den restlichen Prognosezeitraum wird ein Wert von 7.4 % erwartet. Die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Berechnungsmethode beträgt 2012 4.3 % und klettert in den beiden Folgejahren auf 4.6 %.

Die Krise im Euroraum hat zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt, wovon insbesondere die südeuropäischen Problemländer betroffen sind. In Österreich wird der Zuwachs der Arbeitslosigkeit vergleichsweise moderat ausfallen. Gegenwärtig sieht das Institut noch keinen Grund für ein kon-

junkturrell bedingtes Arbeitsmarktpaket. Es besteht aber durchaus das Risiko, dass die Konjunktur noch stärker einbricht, insbesondere in der Industrie. In diesem Fall könnte wieder auf das Instrument der Kurzarbeit zurückgegriffen werden. Darüber hinaus würden verstärkte Ausbildungsmaßnahmen der Transformation von konjunktureller in strukturelle Arbeitslosigkeit entgegenwirken. Insbesondere wenig qualifizierte Arbeitnehmer haben schlechte Chancen am Arbeitsmarkt. In diesem Arbeitsmarktsegment sind daher zusätzliche arbeitsmarktpolitische Initiativen zur Hebung des Humankapitalpotenzials erforderlich. Abgesehen von den konjunkturellen Problemen besteht weiterhin struktureller Anpassungsbedarf am österreichischen Arbeitsmarkt. Aufgrund der demografischen Entwicklung muss das faktische Pensionsantrittsalter angehoben werden. Die Umsetzung von Maßnahmen, die darauf abzielen, die Gesundheit der Arbeitnehmer zu erhöhen (Prävention) bzw. den Übertritt in die Invaliditätspension zu verhindern, sind daher sinnvoll. Zusätzliche Anreize zur Erhöhung des effektiven Pensionsantrittsalters (etwa Zu- und Abschläge sowie die Berücksichtigung der Lebenserwartung bei der Pensionsberechnung) erscheinen angesagt. Die vorliegende Evidenz deutet darauf hin, dass es eine beträchtliche Anzahl von Schülern gibt, deren Qualifikationsdefizite auf Probleme beim Arbeitsmarkteinstieg hinweisen. Reformen der Bildungspolitik sind daher unumgänglich. Durch präventive Interventionen (etwa durch die Frühförderung von Kindern aus bildungsfernen Schichten) könnte das Entstehen von Arbeitsmarktproblemen bereits frühzeitig bekämpft werden.





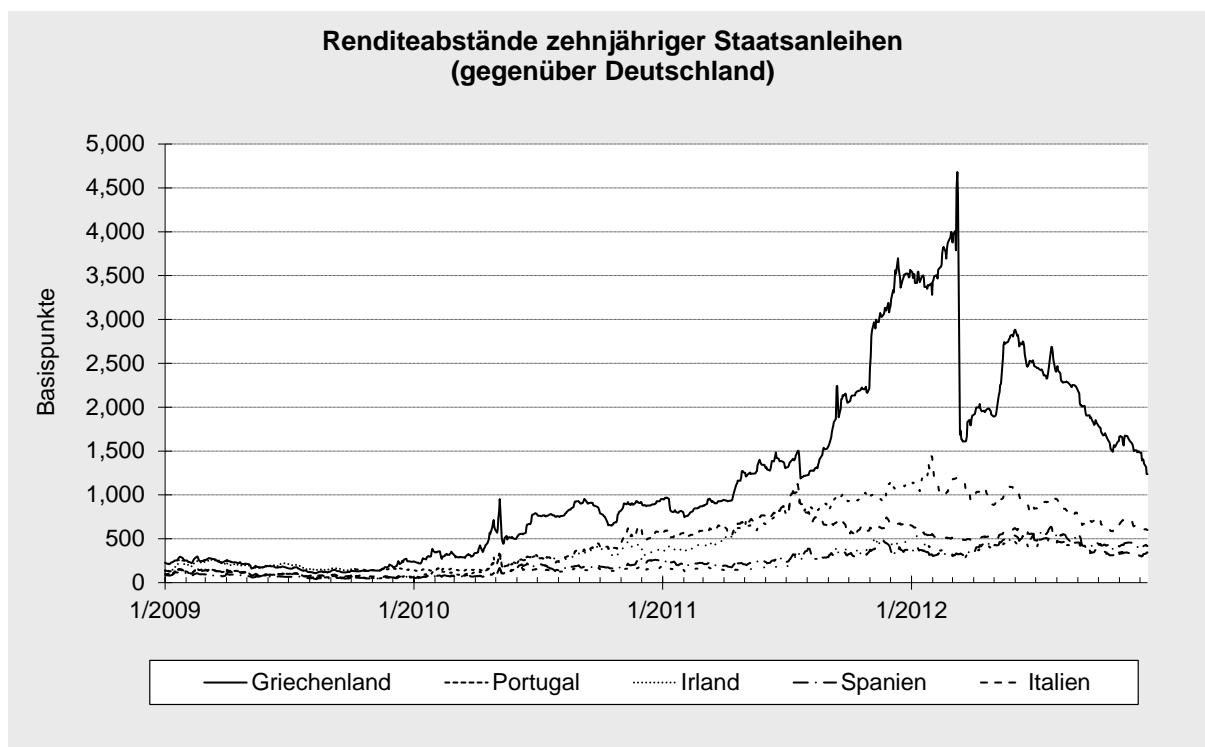
## 5. Monetäre Prognose

Im vergangenen Quartal hat die EZB die Leitzinsen im Euroraum nicht verändert. Damit liegt der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte seit Juli des laufenden Jahres bei 0.75 %. Auch in anderen wichtigen Wirtschaftsräumen blieben die Leitzinsen im vierten Quartal unverändert auf ihren ebenfalls niedrigen Niveaus. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, liegt seit Ende 2010 über der 2-Prozent-Marke. Seit November 2011 ist sie allerdings zurückgegangen, nur im August des laufenden Jahres wurde wieder ein leichter Anstieg verzeichnet. Im September, Oktober und November betrug die Inflation 2.6 %, 2.5 % bzw. 2.2 %. Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Situation in einigen Ländern des Euroraums erwartet das Institut keine Anhebung der Leitzinsen in der Prognoseperiode.

Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2009	1	0 – 0.25	0.5	0 – 0.75	0.1
Ende 2010	1	0 – 0.25	0.5	0 – 0.75	0.1
Ende 2011	1	0 – 0.25	0.5	0 – 0.75	0.1
17.12.2012	0.75	0 – 0.25	0.5	0 – 0.25	0.1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

Die EZB hat ihre Sondermaßnahmen zur Erhaltung der Liquidität im Bankensektor sowie zur Stabilisierung der Finanzmärkte weiter fortgesetzt. Dazu zählen unter anderem die Durchführung der Hauptrefinanzierungsgeschäfte als Mengentender mit fixer Zuteilung und das OMT-Programm an den Sekundärmärkten für Staatsanleihen im Eurogebiet. Die Staatsschuldenkrise im Euroraum ist nach wie vor nicht überwunden. Das Vertrauen der Märkte in die Erfüllung der Verbindlichkeiten einiger Länder und in eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist weiter gering – und die Renditen der jeweiligen Staatsanleihen sind entsprechend hoch, auch wenn die Risikoaufschläge gegenüber Deutschland im ablaufenden Quartal etwas zurückgegangen sind, insbesondere jene von griechischen, italienischen und spanischen Staatsanleihen (siehe Grafik). Deutsche Bundesanleihen gelten nach wie vor als die sichersten und liquidesten, was den Druck auf die Renditen deutscher Papiere groß hält.



In Österreich sind die Renditen für Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren vom dritten auf das vierte Quartal um rund 10 Basispunkte gesunken, in Deutschland sind sie konstant geblieben. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren wiesen im ablaufenden Quartal eine durchschnittliche Rendite von 1.9 % auf, deutsche Bundesanleihen der gleichen Laufzeit rentierten zu durchschnittlich 1.4 %. Diese Renditen sind ungewöhnlich niedrig und können primär durch die große Unsicherheit, die damit verbundene hohe Risikoaversion der Anleger und die daraus resultierende Konzentration auf sichere Anlagen erklärt werden. Das Institut rechnet damit, dass die Unsicherheit auf den Finanzmärkten nur langsam abklingt und somit das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern niedrig bleibt. Für 2013 und 2014 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 2 % bzw. 2.5 % prognostiziert.

Die Interbankzinsen im Euroraum sind im vierten Quartal im Durchschnitt weiter leicht zurückgegangen. Der 3-Monats-Euribor wurde zu durchschnittlich 0.2 % quotiert, was einem Rückgang im Vergleich zum Vorquartal von rund 15 Basispunkten entspricht. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut weitgehend konstante Geldmarktzinsen. Die Prognose für den jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor in den Jahren 2013 und 2014 beträgt 0.3 % bzw. 0.5 %.

Bezogen auf Quartalsdurchschnittswerte hat der Euro gegenüber dem US-Dollar im vierten Quartal des laufenden Jahres um 3.5 % aufgewertet. Im Quartalsdurchschnitt betrug der Wechselkurs

1.29 USD/EUR. Für den Prognosezeitraum wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von jeweils 1.26 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten für 2013 und 2014 fällt wie folgt aus. Die Sichteinlagen sollten um 8 % bzw. 5.9 % steigen, die Termineinlagen um 1.5 % zurückgehen bzw. um 2.2 % expandieren. Für die Spareinlagen prognostiziert das Institut ein jahresdurchschnittliches Wachstum um jeweils 0.5 %. Das Kreditvolumen sollte um 0.6 % bzw. 1.6 % ausgeweitet werden.



TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	263.665 3.7%	267.452 1.4%	257.336 -3.8%	262.613 2.1%	269.694 2.7%	271.513 0.7%	273.573 0.8%	278.432 1.8%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	274.020 5.8%	282.744 3.2%	276.151 -2.3%	286.397 3.7%	300.712 5.0%	309.831 3.0%	317.048 2.3%	328.381 3.6%
DEFLATOR DES BIP (2005=100)	103.927 2.0%	105.718 1.7%	107.312 1.5%	109.056 1.6%	111.501 2.2%	114.113 2.3%	115.892 1.6%	117.939 1.8%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2010=100)	94.703 2.2%	97.717 3.2%	98.174 0.5%	100.000 1.9%	103.300 3.3%	105.883 2.5%	107.788 1.8%	109.836 1.9%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	41.018 3.0%	42.178 2.8%	43.189 2.4%	43.745 1.3%	44.587 1.9%	45.836 2.8%	46.844 2.2%	47.968 2.4%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV- BESCHÄFTIGTE IN 1000 PERSONEN	3206.814 2.1%	3283.003 2.4%	3234.487 -1.5%	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3370.848 1.4%	3380.961 0.3%	3404.627 0.7%
ARBEITSLÖSENQUOTE NAT. DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.287 -0.568	5.894 -0.393	7.232 1.338	6.945 -0.287	6.725 -0.220	7.005 0.280	7.392 0.387	7.378 -0.013

TAB. 1/2: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
PRIVATER KONSUM	0.424	0.341	0.531	0.884	0.374	0.313	0.364	0.572
EIGENKONSUM NON-PROFIT	0.055	0.020	0.020	0.024	0.009	0.004	0.007	0.018
ÖFFENTLICHER KONSUM	0.381	0.737	0.114	0.045	0.012	0.138	0.055	0.046
INVESTITIONEN	1.495	-0.415	-2.482	0.770	1.995	-0.267	-0.135	0.789
AUSRÜSTUNGEN BAUTEN	0.556 0.207	0.046 0.097	-0.852 -0.793	0.497 -0.290	1.026 0.455	-0.105 0.208	-0.206 0.190	0.301 0.203
STATISTISCHE DIFFERENZ	-0.037	-0.083	0.328	-0.091	-0.076	0.000	0.000	0.000
EXPORTE I.W.S.	4.958	0.839	-9.166	4.487	3.965	0.803	1.287	3.458
WAREN DIENSTLEISTUNGEN	4.032 0.917	0.125 0.722	-7.777 -1.384	4.117 0.374	3.343 0.619	0.208 0.588	0.832 0.453	2.737 0.726
IMPORTE I.W.S.	-3.570	-0.001	6.872	-4.069	-3.583	-0.316	-0.820	-3.106
WAREN DIENSTLEISTUNGEN	-3.550 -0.013	0.032 -0.032	5.867 1.003	-3.516 -0.568	-3.253 -0.341	0.252 -0.563	-0.540 -0.279	-2.712 -0.400
BRUTTO-INLANDSPRODUKT	3.706	1.436	-3.783	2.051	2.696	0.674	0.759	1.776

TAB. 1/3: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
INVESTITIONSQUOTE	21.223	21.064	20.189	19.947	20.832	20.814	20.669	20.793
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.026	-0.159	-0.876	-0.242	0.885	-0.018	-0.145	0.124
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.	4.4	3.8	4.8	4.4	4.2	4.3	4.6	4.6
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.3	-0.6	1.0	-0.4	-0.2	0.1	0.3	0.0
REALZINSSATZ	2.288	2.517	2.412	1.534	1.038	-0.042	0.441	0.733
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0.377	0.229	-0.105	-0.878	-0.496	-1.081	0.484	0.292
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	39.173 0.5%	39.395 0.6%	40.225 2.1%	39.971 -0.6%	39.294 -1.7%	39.313 0.0%	39.468 0.4%	39.661 0.5%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV BESCH.	8.222 1.6%	8.147 -0.9%	7.956 -2.3%	8.056 1.3%	8.115 0.7%	8.055 -0.7%	8.092 0.5%	8.178 1.1%
ÖFF. DEFIZIT MAASTRICHT IN PROZENT DES BIP	-0.9 0.7	-0.9 -0.1	-4.1 -3.2	-4.5 -0.4	-2.5 2.0	-3.1 -0.6	-2.6 0.5	-1.5 1.1
ABSOLUTE DIFFERENZEN								



TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
PRIVATER KONSUM	141.245 3.3%	145.384 2.9%	147.321 1.3%	152.657 3.6%	159.393 4.4%	164.759 3.4%	168.899 2.5%	174.001 3.0%
EIGENKONSUM NON-PROFIT	3.726 5.5%	3.865 3.7%	4.039 4.5%	4.143 2.6%	4.223 1.9%	4.352 3.1%	4.472 2.8%	4.614 3.2%
ÖFFENTLICHER KONSUM	49.399 4.4%	52.758 6.8%	54.577 3.4%	55.528 1.7%	56.600 1.9%	58.621 3.6%	59.326 1.2%	60.307 1.7%
BRUTTOINVESTITIONEN	63.387 9.6%	64.458 1.7%	58.129 -9.8%	61.866 6.4%	69.782 12.8%	70.262 0.7%	71.002 1.1%	74.837 5.4%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	27.150 7.0%	27.663 1.9%	25.332 -8.4%	27.086 6.9%	30.366 12.1%	30.243 -0.4%	29.816 -1.4%	30.956 3.8%
BAUINVESTITIONEN	31.622 6.0%	33.481 5.9%	31.817 -5.0%	31.693 -0.4%	34.084 7.5%	35.704 4.8%	37.256 4.3%	38.875 4.3%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0.563 0.115	0.004 -0.559	-0.349 -0.353	0.184 0.533	0.725 0.540	0.725 0.000	0.725 0.000	0.739 0.014
INLANDSNACHFRAGE	258.320 5.0%	266.469 3.2%	263.718 -1.0%	274.378 4.0%	290.723 6.0%	298.719 2.8%	304.424 1.9%	314.499 3.3%
EXPORTE I.W.S.	161.397 10.5%	167.575 3.8%	138.253 -17.5%	154.950 12.1%	172.283 11.2%	177.137 2.8%	183.213 3.4%	197.551 7.8%
IMPORTE I.W.S.	145.697 9.6%	151.299 3.8%	125.820 -16.8%	142.931 13.6%	162.294 13.5%	166.025 2.3%	170.589 2.7%	183.669 7.7%
B I P ZU MARKTPREISEN	274.020 5.8%	282.744 3.2%	276.151 -2.3%	286.397 3.7%	300.712 5.0%	309.831 3.0%	317.048 2.3%	328.381 3.6%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
PRIVATER KONSUM	134.894 0.8%	135.792 0.7%	137.212 1.0%	139.488 1.7%	140.470 0.7%	141.313 0.6%	142.302 0.7%	143.868 1.1%
EIGENKONSUM NON-PROFIT	3.687 4.0%	3.739 1.4%	3.791 1.4%	3.854 1.7%	3.878 0.6%	3.890 0.3%	3.909 0.5%	3.958 1.3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	47.251 2.1%	49.193 4.1%	49.499 0.6%	49.616 0.2%	49.647 0.1%	50.020 0.8%	50.170 0.3%	50.295 0.3%
BRUTTOINVESTITIONEN	60.390 6.7%	59.295 -1.8%	52.658 -11.2%	54.639 3.8%	59.879 9.6%	59.158 -1.2%	58.792 -0.6%	60.949 3.7%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	26.458 5.6%	26.579 0.5%	24.300 -8.6%	25.579 5.3%	28.274 10.5%	27.992 -1.0%	27.432 -2.0%	28.255 3.0%
BAUINVESTITIONEN	29.507 1.8%	29.764 0.9%	27.643 -7.1%	26.895 -2.7%	28.091 4.4%	28.653 2.0%	29.169 1.8%	29.723 1.9%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0.344 -0.095	0.125 -0.219	1.002 0.876	0.768 -0.233	0.569 -0.200	0.569 0.000	0.569 0.000	0.569 0.000
INLANDSNACHFRAGE	246.579 2.5%	248.139 0.6%	243.737 -1.8%	248.042 1.8%	254.264 2.5%	254.809 0.2%	255.621 0.3%	259.538 1.5%
EXPORTE I.W.S.	154.850 8.9%	157.061 1.4%	132.547 -15.6%	144.093 8.7%	154.505 7.2%	156.670 1.4%	160.165 2.2%	169.624 5.9%
IMPORTE I.W.S.	137.750 7.1%	137.753 0.0%	119.374 -13.3%	129.845 8.8%	139.254 7.2%	140.106 0.6%	142.333 1.6%	150.829 6.0%
B I P ZU MARKTPREISEN	263.665 3.7%	267.452 1.4%	257.336 -3.8%	262.613 2.1%	269.694 2.7%	271.513 0.7%	273.573 0.8%	278.432 1.8%

TAB. 4: PREISINDIZES (2005 = 100)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
PRIVATER KONSUM	104.708 2.4%	107.064 2.3%	107.367 0.3%	109.441 1.9%	113.471 3.7%	116.592 2.8%	118.690 1.8%	120.946 1.9%
ÖFFENTLICHER KONSUM	104.545 2.2%	107.246 2.6%	110.260 2.8%	111.916 1.5%	114.004 1.9%	117.196 2.8%	118.251 0.9%	119.906 1.4%
BRUTTOINVESTITIONEN	104.964 2.7%	108.706 3.6%	110.389 1.5%	113.227 2.6%	116.539 2.9%	118.770 1.9%	120.768 1.7%	122.787 1.7%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	102.615 1.3%	104.080 1.4%	104.248 0.2%	105.893 1.6%	107.400 1.4%	108.044 0.6%	108.692 0.6%	109.562 0.8%
BAUINVESTITIONEN	107.167 4.1%	112.489 5.0%	115.102 2.3%	117.839 2.4%	121.334 3.0%	124.610 2.7%	127.725 2.5%	130.790 2.4%
INLANDSNACHFRAGE	104.762 2.5%	107.387 2.5%	108.197 0.8%	110.617 2.2%	114.339 3.4%	117.233 2.5%	119.092 1.6%	121.177 1.8%
EXPORTE I.W.S.	104.228 1.6%	106.694 2.4%	104.305 -2.2%	107.535 3.1%	111.506 3.7%	113.064 1.4%	114.390 1.2%	116.464 1.8%
IMPORTE I.W.S.	105.770 2.4%	109.834 3.8%	105.400 -4.0%	110.078 4.4%	116.545 5.9%	118.500 1.7%	119.851 1.1%	121.773 1.6%
B I P ZU MARKTPREISEN	103.927 2.0%	105.718 1.7%	107.312 1.5%	109.056 1.6%	111.501 2.2%	114.113 2.3%	115.892 1.6%	117.939 1.8%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
WARENEXPORTE	118.724 11.5%	121.413 2.3%	96.901 -20.2%	111.505 15.1%	124.810 11.9%	127.002 1.8%	130.837 3.0%	141.780 8.4%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	30.733 9.6%	33.209 8.1%	28.998 -12.7%	30.908 6.6%	34.413 11.3%	36.413 5.8%	38.253 5.1%	41.164 7.6%
REISEVERKEHR	11.941 4.2%	12.953 8.5%	12.354 -4.6%	12.538 1.5%	13.061 4.2%	13.722 5.1%	14.123 2.9%	14.607 3.4%
EXPORTE I.W.S.	161.397 10.5%	167.575 3.8%	138.253 -17.5%	154.950 12.1%	172.283 11.2%	177.137 2.8%	183.213 3.4%	197.551 7.8%
WARENIMPORTE	117.654 10.9%	122.268 3.9%	99.805 -18.4%	114.695 14.9%	131.772 14.9%	132.946 0.9%	136.021 2.3%	147.035 8.1%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	21.554 6.1%	22.577 4.7%	19.325 -14.4%	21.557 11.5%	23.847 10.6%	26.032 9.2%	27.415 5.3%	29.221 6.6%
REISEVERKEHR	6.489 0.7%	6.454 -0.5%	6.690 3.7%	6.679 -0.2%	6.676 -0.1%	7.047 5.6%	7.153 1.5%	7.413 3.6%
IMPORTE I.W.S.	145.697 9.6%	151.299 3.8%	125.820 -16.8%	142.931 13.6%	162.294 13.5%	166.025 2.3%	170.589 2.7%	183.669 7.7%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE I.T. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
WARENEXPORTE	113.454 9.9%	113.783 0.3%	92.982 -18.3%	103.577 11.4%	112.357 8.5%	112.919 0.5%	115.177 2.0%	122.663 6.5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	29.617 6.8%	30.916 4.4%	27.838 -10.0%	28.785 3.4%	30.395 5.6%	31.687 4.3%	32.796 3.5%	34.599 5.5%
REISEVERKEHR	11.756 3.8%	12.360 5.1%	11.737 -5.0%	11.751 0.1%	11.767 0.1%	12.061 2.5%	12.181 1.0%	12.364 1.5%
EXPORTE I.W.S.	154.850 8.9%	157.061 1.4%	132.547 -15.6%	144.093 8.7%	154.505 7.2%	156.670 1.4%	160.165 2.2%	169.624 5.9%
WARENIMPORTE	111.556 8.8%	111.472 -0.1%	95.782 -14.1%	104.830 9.4%	113.372 8.1%	112.692 -0.6%	114.157 1.3%	121.577 6.5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	20.087 1.0%	20.371 1.4%	17.552 -13.8%	19.121 8.9%	20.311 6.2%	21.632 6.5%	22.389 3.5%	23.396 4.5%
REISEVERKEHR	6.089 -2.5%	5.889 -3.3%	6.024 2.3%	5.918 -1.8%	5.624 -5.0%	5.821 3.5%	5.821 0.0%	5.908 1.5%
IMPORTE I.W.S.	137.750 7.1%	137.753 0.0%	119.374 -13.3%	129.845 8.8%	139.254 7.2%	140.106 0.6%	142.333 1.6%	150.829 6.0%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2005 = 100)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
WARENEXPORTE	104.645 1.4%	106.706 2.0%	104.215 -2.3%	107.654 3.3%	111.083 3.2%	112.472 1.3%	113.597 1.0%	115.585 1.8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	103.765 2.6%	107.417 3.5%	104.170 -3.0%	107.376 3.1%	113.219 5.4%	114.917 1.5%	116.641 1.5%	118.974 2.0%
REISEVERKEHR	101.572 0.4%	104.798 3.2%	105.259 0.4%	106.693 1.4%	111.000 4.0%	113.775 2.5%	115.937 1.9%	118.139 1.9%
EXPORTE I.W.S.	104.228 1.6%	106.694 2.4%	104.305 -2.2%	107.535 3.1%	111.506 3.7%	113.064 1.4%	114.390 1.2%	116.464 1.8%
WARENIMPORTS	105.466 1.9%	109.685 4.0%	104.201 -5.0%	109.411 5.0%	116.229 6.2%	117.973 1.5%	119.152 1.0%	120.940 1.5%
IMPORTS VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	107.303 5.1%	110.832 3.3%	110.102 -0.7%	112.741 2.4%	117.407 4.1%	120.343 2.5%	122.449 1.8%	124.898 2.0%
REISEVERKEHR	106.575 3.3%	109.583 2.8%	111.042 1.3%	112.865 1.6%	118.700 5.2%	121.074 2.0%	122.890 1.5%	125.471 2.1%
IMPORTS I.W.S.	105.770 2.4%	109.834 3.8%	105.400 -4.0%	110.078 4.4%	116.545 5.9%	118.500 1.7%	119.851 1.1%	121.773 1.6%
PX/IPM*100	98.543 -0.8%	97.141 -1.4%	98.961 1.9%	97.690 -1.3%	95.676 -2.1%	95.413 -0.3%	95.443 0.0%	95.641 0.2%
TERMS OF TRADE, GESAMT	99.221 -0.5%	97.284 -2.0%	100.013 2.8%	98.394 -1.6%	95.573 -2.9%	95.337 -0.2%	95.337 0.0%	95.572 0.2%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
IMPORTQUOTE, GESAMT	53.170	53.511	45.562	49.907	53.970	53.586	53.805	55.932
ABSOLUTE DIFFERENZEN	1.870	0.341	-7.949	4.345	4.063	-0.384	0.220	2.126
IMPORTQUOTE, GÜTER	42.936	43.243	36.142	40.048	43.820	42.909	42.902	44.776
ABSOLUTE DIFFERENZEN	1.969	0.307	-7.102	3.906	3.772	-0.911	-0.007	1.874
EXPORTQUOTE, GESAMT	58.900	59.267	50.064	54.103	57.292	57.172	57.787	60.159
ABSOLUTE DIFFERENZEN	2.538	0.367	-9.203	4.039	3.188	-0.120	0.615	2.372
EXPORTQUOTE, GÜTER	43.327	42.941	35.090	38.934	41.505	40.991	41.267	43.175
ABSOLUTE DIFFERENZEN	2.211	-0.386	-7.851	3.844	2.571	-0.514	0.277	1.908

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)  
(BESCHÄFTIGTE VOR 2008 RÜCKVERKETTET)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5376.975 0.3%	5399.674 0.4%	5414.202 0.3%	5429.692 0.3%	5456.206 0.5%	5473.591 0.3%	5478.789 0.1%	5484.126 0.1%
ERWERBSQUOTE	73.286 0.8%	74.393 1.5%	74.248 -0.2%	74.378 0.2%	75.200 1.1%	76.110 1.2%	76.566 0.6%	77.049 0.6%
ERWERBSPERSONEN	3940.580 1.2%	4016.970 1.9%	4019.960 0.1%	4038.520 0.5%	4103.050 1.6%	4165.929 1.5%	4194.904 0.7%	4225.444 0.7%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3487.494 0.7%	3541.658 1.6%	3539.515 -0.1%	3539.077 0.0%	3563.561 0.7%	3582.202 0.5%	3595.125 0.4%	3610.670 0.4%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	453.086 4.4%	475.312 4.9%	480.445 1.1%	499.443 4.0%	539.489 8.0%	583.727 8.2%	599.779 2.8%	614.774 2.5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	405.700 -0.2%	416.100 2.6%	420.600 1.1%	427.500 1.6%	434.600 1.7%	438.946 1.0%	442.238 0.8%	447.766 1.3%
ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3534.880 1.3%	3600.870 1.9%	3599.360 0.0%	3611.020 0.3%	3668.450 1.6%	3726.983 1.6%	3752.666 0.7%	3777.678 0.7%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	3206.814 2.1%	3283.003 2.4%	3234.487 -1.5%	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3370.848 1.4%	3380.961 0.3%	3404.627 0.7%
ARBEITSLOSE	222.248 -7.1%	212.253 -4.5%	260.309 22.6%	250.782 -3.7%	246.702 -1.6%	261.058 5.8%	277.389 6.3%	278.735 0.5%
ARBEITSLIQUENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.287 -0.568	5.894 -0.393	7.232 1.338	6.945 -0.287	6.725 -0.220	7.005 0.280	7.392 0.387	7.378 -0.013



TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	274.020 5.8%	282.744 3.2%	276.151 -2.3%	286.397 3.7%	300.712 5.0%	309.831 3.0%	317.048 2.3%	328.381 3.6%
ARBEITNEHMER-ENTGELT LT. VGR	131.536 5.1%	138.470 5.3%	139.693 0.9%	142.609 2.1%	148.178 3.9%	154.506 4.3%	158.378 2.5%	163.315 3.1%
BRUTTOBETRIEBERSÜBER- SCHUSS/SELBST.EINK	113.534 6.3%	114.587 0.9%	106.577 -7.0%	112.931 6.0%	120.652 6.8%	122.487 1.5%	124.911 2.0%	130.227 4.3%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	28.950 6.7%	29.687 2.5%	29.881 0.7%	30.857 3.3%	31.882 3.3%	32.839 3.0%	33.758 2.8%	34.839 3.2%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3.303 18.6%	-0.658 -80.1%	-2.658 304.0%	-0.667 -74.9%	-1.027 54.1%	-1.400 -15.0%	-1.400 0.0%	-1.428 2.0%
ABSCHREIBUNGEN LT. VGR	41.382 4.5%	43.466 5.0%	44.517 2.4%	45.799 2.9%	47.565 3.9%	49.278 3.6%	51.052 3.6%	52.839 3.5%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	229.335 5.9%	238.621 4.0%	228.976 -4.0%	239.931 4.8%	252.120 5.1%	259.154 2.8%	264.596 2.1%	274.114 3.6%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-1.508 -24.0%	-1.919 27.3%	-2.279 18.8%	-2.571 12.8%	-2.499 -2.8%	-2.699 8.0%	-2.753 2.0%	-2.808 2.0%
VERFÜGBARES NETTOEINK. DER VOLKSWIRTSCHAFT	227.827 6.1%	236.701 3.9%	226.696 -4.2%	237.360 4.7%	249.621 5.2%	256.455 2.7%	261.844 2.1%	271.307 3.6%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
SICHTEINLAGEN	65.863 8.5%	69.205 5.1%	79.801 15.3%	87.993 10.3%	90.119 2.4%	102.015 13.2%	110.176 8.0%	116.677 5.9%
TERMINEINLAGEN INKL. AUFGENOMMENE GELDER	32.759 34.0%	44.861 36.9%	37.546 -16.3%	33.804 -10.0%	36.231 7.2%	32.934 -9.1%	32.440 -1.5%	33.154 2.2%
SPAREINLAGEN	142.578 3.2%	150.148 5.3%	158.129 5.3%	156.950 -0.7%	156.367 -0.4%	157.931 1.0%	158.720 0.5%	159.514 0.5%
KREDITVOLUMEN	280.162 2.9%	297.068 6.0%	303.099 2.0%	307.780 1.5%	314.149 2.1%	319.175 1.6%	321.090 0.6%	326.227 1.6%
EURIBOR 3M	4.28	4.63	1.23	0.81	1.39	0.59	0.28	0.47
ABSOLUTE DIFFERENZEN	1.20	0.35	-3.40	-0.42	0.58	-0.80	-0.31	0.19
ÖST. BENCHMARKRENDITE 10J	4.29	4.25	3.92	3.16	3.28	2.29	1.98	2.54
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0.49	-0.04	-0.33	-0.76	0.12	-0.99	-0.31	0.56

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
USD/EUR	1.371 9.1%	1.471 7.3%	1.394 -5.2%	1.327 -4.8%	1.392 4.9%	1.285 -7.7%	1.262 -1.8%	1.256 -0.5%
GBP/EUR	0.685 0.4%	0.797 16.3%	0.892 11.9%	0.858 -3.8%	0.868 1.2%	0.811 -6.6%	0.812 0.1%	0.811 -0.1%
YEN/EUR	161.256 10.4%	152.381 -5.5%	130.330 -14.5%	116.445 -10.7%	110.985 -4.7%	102.389 -7.7%	106.627 4.1%	104.475 -2.0%
CHF/EUR	1.643 4.5%	1.587 -3.4%	1.510 -4.9%	1.382 -8.5%	1.234 -10.7%	1.205 -2.4%	1.204 -0.1%	1.200 -0.3%



---

Autoren: Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer,  
Christian Keuschnigg, Robert M. Kunst, Philip Schuster, Wolfgang Schwarzbauer,  
Edith Skriner, Klaus Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2012-2014

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 75

Redaktion: Isabella Andrej

© 2012 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>

---